

FORUM

Solidaritätspreis 3,- DM

Zeitung der
Sozialistischen
Alternative
Agora

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

1,- DM

G 10321 E

Nr. 169 April 1995

Kassiert die Reichen ab!



Kürzung der Ortszuschläge – 25 Prozent des Einkommens – in die Diskussion gebracht. Damit wäre der Abstand zur Sozialhilfe allerdings nicht gewahrt: Viele KollegInnen würden darunter rutschen!

Dann helfen nur noch unterschiedene Maßnahmen, damit es Sozialhilfebezieher:innen schlechter geht als den Beschäftigten. Rein in Sammelunterkünfte, Freipäpcke und medizinische Versorgung „nur bei akuten Erkrankungen“. Mit den Flüchtlingen hat die Bundesregierung die völlige Entrechtung lange genug geduldet.

Gegenwehr

Sparen hier, sparen dort. Gemeint sind immer wir. Natürlich nie alle auf einmal, dann würden wir uns ja gemeinsam wehren. 50 Milliarden DM betragen die gesamten Sozialhilfekosten im ganzen Land. Davon müsse ?? Millionen Menschen mehr schlecht als recht leben. Mit Lug und Betrug kämpft die Regierung um jede garmelige Milliarde, die sie von uns abzocken kann. Bei ihren Freunden ist sie nicht so knaustig. 5,9 Milliarden DM schenkt sie den Unternehmen alleine mit der Abschaffung der Gewerbesteuer.

Die Zeit ist reif zur Gegenwehr. Die Gewerkschaften müssen endlich konsequent die Arbeiter:inneninteressen vertreten und gegen Sozialabbau und Pflegeberuf mobilisieren. Dazu muß den satten Funktionen Feuer unter dem Hintern gemacht werden. Wie warten nicht auf bessere Zeiten. Werdet aktiv in der Sozialistischen Alternative – SAV.

Demonstration: DVU stoppen!

Bremerhaven, 29. April 1995

Gegen rechts wählen, Zukunft erkämpfen

Die Nazi-Partei Deutsche Volksunion (DVU) will ihre letzten Parlamentsposten im Bremer Landtag verteidigen. Das muß verhindert werden!

Aus mehreren Orten fahren Busse zur Demo. Unterstützt von: Jugend gegen Rassismus in Europa (JARE), SAV, Jungsozialist:innen in der SPD, Antirassistischer Verband (Bremen), Miteigentümer:innen (Miteigentümerinitiative)

Sozialhilfeempfänger werden als Sündenböcke bei der Kohlhregierung immer beliebter

Nach dem Januar-Schock will Gesundheitsminister Seehofer nicht im Detail verraten, wieviel Sozialhilfe er den Ärmsten rauben will. Aber klar ist schon jetzt: Bei mindestens 600 000 Bürgerkriegsflüchtlingen geht das Sozialmassaker los.

Wie schon bei bisher 70 000 Asylbewerbern soll ihnen ein Viertel der Sozialhilfe gestrichen und der Rest in „Sachleistungen“, den berechtigten Freibeketen, ausgezahlt werden. Seehofer fängt wohlweislich bei AusländerInnen an, weil er weiß, daß diese sich schlechter wehren können (siehe auch Seite 10). Dabei sollen 1,3 Milliarden DM gespart werden. Dem rassistischen Tritt gegen die Schwächsten folgt der Angriff auf deutsche Sozialhilfeempfänger.

ger. Die Sozialhilfe soll an die Nettolohnentwicklung gekoppelt werden, weil der Unterschied zwischen Löhnen und Sozialhilfe zu gering sei. Stimmt! Denn wegen steigender Preise sind die Reallohne gesunken, viele Arbeiter:innen nähern sich trotz Job dem Sozialhilfe-Niveau, dem gesetzlich festgelegten Minimum.

Und in jeder Tarifrunde geht laßt die Konkurrenz- und Standort-Schallplatte, stimmen die satten Konzernherren für die ArbeitnehmerInnen das Lied vom engen Gürtel an. So auch in der aktuellen Runde im öffentlichen Dienst. Trotz drei Jahren Reallohnverlust und ohnehin niedrigen Löhnen im öffentlichen Dienst sollen die KollegInnen auf angemessene Einkommenserhöhungen verzichten. Die Arbeitgeber haben sogar die

Augenzeugenbericht aus Istanbul

Mut über Polizei-Terror

Krawalle in Istanbul und Ankara, 30 000 Demonstranten in Köln, 6000 in London. Die mörderischen Attacken von rechten Gruppen und der Polizei auf das Istanbul Arbeiterviertel Gaziosmanpasa haben die Wut explodieren lassen.

Ein Korrespondent aus Istanbul

„Es war zehn Uhr abends am 12. März, als wir den Lärm wütender Menschen hörten. Terroristen hatten in drei Cafés im Istanbul Arbeiterviertel Gaziosmanpasa gefeuert, wo viele Aleviten leben. Die Cafés waren voll mit Männern, die ein Fußballspiel guckten, zwei wurden getötet, viele verwundet. Nach dem ersten Schock versammelten sich die Leute zu Protesten gegen den Anschlag und das Zuspatkommen der Polizei, die keine Anstalten machte, die Terroristen zu verfolgen. Während der Nacht wuchs die Zahl der Demonstranten. Sie marschierten zur Polizeistation. Die Polizei griff sie nicht gleich an, was selten ist, versuche lediglich, die Wut der Demonstranten im Zaum zu halten.“

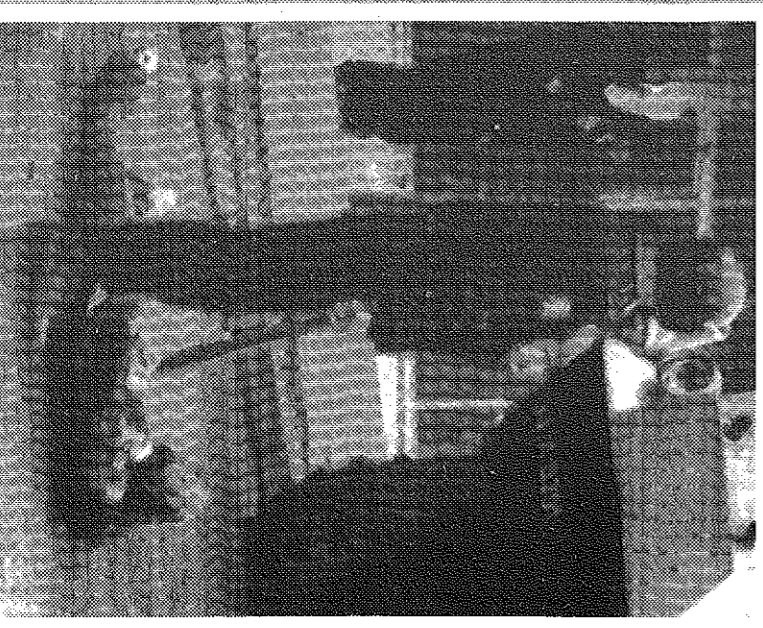
Die Menge war auf 10 000 angewachsen. Während des Marsches zur Polizeistation griffen einige wütende Jugendliche Geschäfte an und es entwickelten sich eine Straßenschlacht mit der Polizei.

Am nächsten Tag, Montag, wurden die Schlächen härter und die Polizeibegriffe nahmen zu. Barrikaden wurden errichtet. Diesmal ging die Polizei direkt auf die Leute los. Die Leute wehrten sich tapfer hinter den Barrikaden. Viele Aleviten und Angehörige linker Gruppen waren aus verschiedenen Teilen Istanbul hergekommen. Die Leute standen den Gewehren der Polizei gegenüber.

Auf der anderen Seite kamen Hubschrauber, Panzerfahrzeuge und Soldaten an. Am Ende des 13. März waren 16 Demonstranten tot, 300 verletzt und Hunderte vermißt. Linke Gruppen organisierten Demonstrationen. Die Beerdigungen wurden Proteste gegen die Regierung. Abends verhängte die Regierung eine Ausgangssperre, um die Leute an Demonstrationen zu hindern, aber die Proteste gingen den ganzen Dienstag in verschiedenen Vierteln Istanbul weiter. Im Arbeiterviertel Ümraniye wurden vier Leute getötet und 20 verletzt. In anderen Großstädten, in Ankara, Adana, Bursa, wurden Demos organisiert, viele Leute festgenommen oder von der Polizei verletzt.

Aber die Arbeiter werden zurückgeschlagen und wir werden weiterhin für unsere sozialistischen Ideen kämpfen.“

Siehe auch Seite 2



Stoppt Seehofer Sozialmassaker

Berlin: die Kranke Hauptstadt

Seiten 3

Landtagswahlen in Bremen

„Mit dieser SPD braucht Bremen keine CDU“

So kommentiert die Landesvorsitzende der Bremer Jungsozialisten, Claudia Weigel, den Beschluss der SPD, 49,8 Prozent der Stadtwerke an den Atomstrommulli Preußen-Elektra zu verkaufen. Vier Wochen vor den Wahlen will die Bremer SPD die Große Koalition mit der CDU proben.

Michael Müller, SAV Bremenhaven

Die Energieversorgung der Bremer Bürger soll dem Profitstreben von Konzernen ausgeliefert werden. Die Finanzkrise Bremens wird so nicht gelöst. Aber die Preise für die Erdverbraucher werden letztlich steigen, die Aussicht auf Ausstieg aus der Kernenergie und ökologische Energiekonzepte ist damit erledigt.

„Kompetenz mit Namen“ und „Klare Verhältnisse mit einer starken SPD“ sind die Wahlslogans – natürlich mit riesigen

Wedemeier-Fotos. Bürgermeister Wedemeier hat seine Partei fest im Griff, auf dem SPD-Landesparteitag gab es eine satte 7/5-Mehrheit für den Stadtwerke-Verkauf. Die übliche Salami-Taktik ging voll auf. Erst im September 93 hatte ein Parteitag den Verkauf von 24,9 Prozent beschlossen.

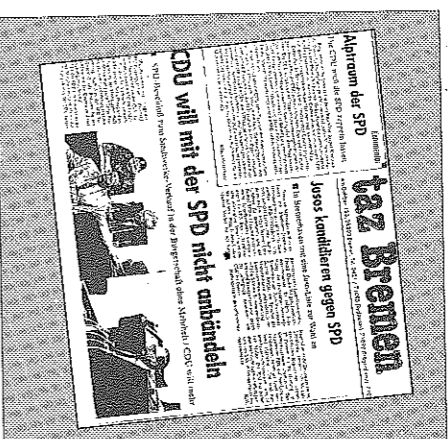
Damit werden eindeutige Signale für eine Große Koalition ausgesandt. Das ist die Antwort der SPD auf den Zusammenbruch der „Ampel-Koalition“ mit Grünen und FDP. Doch die CDU kann es sich leisten arrogant genug sein und die SPD erst einmal entgegen vorheriger Versprechungen auflaufen lassen: Sie besteht auf dem Verkauf von 74,9 der Stadtwerke.

Gegen rechts wählen!

Die SPD verspricht nichts als Sparpolitik auf Kosten der ArbeitnehmerInnen. Doch angesichts ihres desolaten Zustandes

läuern konservative Geier auf ihre Chancen. Mit dem Charme abgehaltener Provinz-Berlinscomis will die SPD-Rechtsabspaltung

„Arbeit für Bremen“-Politik für die Unternehmer machen. CDU und FDP wollen nach erfolglosen Jahrzehnten die Sozialdemokraten ablösen. Ihr Wahlsieg würde zu einer Verschärfung von Sozialabbau führen. Das muß verhindert werden! Viele ArbeitnehmerInnen werden mit der Faust in der Tasche SPD wählen, um CDU, FDP und AFB daran zu hindern, das Ruder zu übernehmen. Die SAV und die Jungsozialisten werden einen Wahlkampf gegen die bürgerlichen Parteien machen. Daneben kandidieren die Neo-



nazis von der DVU, die sich wegen der Enttäuschung vieler WählerInnen Chancen ausrech-

nen. Die Stimmung ist allerdings nicht mehr wie 1991, viele WählerInnen sind zwar wütend, aber wollen mit Nazis und rechten Dämonen-Abzockern nichts mehr zu tun haben. Es ist mög-

Die Lunte brennt

Türkei/Kurdistan

In der Türkei gärt es. Wirtschaftlich liegt das Land am Boden. Die Regierung verweigert den Krieg gegen die Kurden und die Unterdrückung in der Westtürkei.

Claus Ludwig, Köln

„Wir leiden seit Jahren“, sagt Turgay, ein Lederarbeiter. „Lente werden als Zeugen in die Polizeiwache gerufen und manchmal verschwinden sie oder werden tot aufgefunden. Die Polizei ist nicht von hier, sie sind keine Aleviten. Sie sind von der faschistischen Partei. Sie unterstützen die (rechten Terroristen) zu 100 Prozent.“ (Financial Times, 17. 3. 95).

Die meisten Leute bei den Demos gegen den rechten Terror waren Aleviten, die aus Wüt über ihre Diskriminierung auf die Straße gingen, aber bei vielen waren die Unruhen auch das Ventil, was den angesauten Unmut über Jahre der Armut und Arbeitslosigkeit herausließ. Arbeitslose, Gelegenheitsarbeiter und Studenten aus den Gekerkondus – Istanbul Elendsvierteln – schlossen sich den Kämpfern mit der Polizei an. Viele Bewohner dieser Viertel sind auch Kurden, die vom Krieg in die Westtürkei getrieben wurden und dort arbeitslos sind oder mit den miesesten Jobs abgespeist werden. „Die Soldaten brennen dort (in Kurdistan) unsere Häuser nieder und hier werden wir permanent von der Polizei schikanert“, so ein junger Kurde laut Financial Times.



Empörite Bewohner Istanbulis demonstrieren gegen die Polizei, die tatenlos bei rechten Terroranschlägen zuschaut.

damentalisten wurden finanziell gefördert, ihnen wurden Moscheen gebaut und Posten im Staatsapparat verschafft. Die Diskriminierung der Aleviten durch staatliche Stellen wurde stärker. Sie wurden als „Ungläubige“ beschimpft. In der Wirtschaftskrise haben viele Unternehmer Aleviten als erste auf die Straße gesetzt.

Neue Spaltungsegefahr

Im Juli 1993 ernordeten im mittelanatolischen Sivras fachistische Banden 37 alevitisches Intellektuelle, die zu einem Kongreß zusammengekommen

waren. Die Polizei schaute zu. Der Regierung Ciller reicht die Spaltung in Türken und Kurden nicht mehr. Durch Aufpfeischen eines „Religionskonflikts“ soll der Widerstand gegen Arbeitslosigkeit und sinkende Löhne im Keim erstickt werden. Kapital und Staat bedienen sich der Fundamentalisten und der Faschisten von der MHP (Partei der nationalen Bewegung, ihre Schlägertruppe sind die „Grauen Wölfe“) als Hilfsmittel.

Doch in den Istanbul ArbeiterInnen kämpfen die Massen die Polizei und erkannten, daß dies nicht mit „Religionskrieg“,

lich, die DVU aus dem Landtag rauszuwerfen und ihren 6-Millionen-Wahlkampf im Weser-Schlick verstopfen zu lassen.

Die Grünen bieten keine Alternativen zur bürgerlichen Politik. Gerade der Bremer Landesverband ist massiv nach rechts gegangen, hat einige glatte PolitikerInnen hervorgebracht und schwankt irgendwo zwischen eigener Vergangenheit, SPD und FDP. Die Grünen tragen Sozialabbau und Privatisierung mit wollen diesen wie die SPD nur „sozial abfedern“.

Gegenwehr organisieren

Auch die PDS kandidiert und will den West-Durchbruch schaffen. Sie hatte bei den Bundestagswahlen 2,9 Prozent in der Stadt Bremen erhalten. Viele Jugendliche, die von SPD und Grünen genug haben und eine linke Opposition im Parlament wollen, werden die PDS wählen. Ein Einzug der PDS in die

Wofür wir kämpfen

Arbeit und Ausbildung

- ★ Arbeit für alle
- ★ 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
- ★ Mindestlohn von 2000 DM netto
- ★ Gleicher Lohn in Ost und West

- ★ Qualifizierte Ausbildungsplätze und unbefristete Übernahme im erlernten Beruf

- ★ Für Schüler, Studenten und Azubis ab 18 Jahre mindestens 1500 DM netto

Wohnen

- ★ Sofortiger Mietenstopp und Begrenzung der Mieten auf 20 Prozent des Nettoeinkommens
- ★ Verbot von Maklerstätigkeit, kostenlose kommunale Wohnungsvermittlung
- ★ Entlohnung großer privater Wohnungsbestände
- ★ Öffentliches Wohnungsbauprogramm von einer Million Wohnungen im Jahr

Soziales

- ★ Nein zu „Solidarbeitrag“ und Ergänzungsabgabe
- ★ Rücknahme aller Kürzungen der Kohl-Regierung
- ★ Kostenloses staatliches Gesundheits- und Pflegesystem
- ★ Massiver Ausbau von Schulen und Hochschulen

Bundeswehr

- ★ Radikale Abrüstung und Stopp von Rüstungsexporten
- ★ Verstaatlichung der Rüstungsindustrie und Umstellung auf sinnvolle zivile Produktion
- ★ Kein Einsatz der Bundeswehr gegen Arbeiter und Demonstranten, kein Einsatz im Ausland

- ★ Streikrecht und Recht auf gewerkschaftliche Organisation für Soldaten
- ★ 1500 DM Mindestsold bzw. Lohnfortzahlung für Soldaten und Zivilistensteine

Umwelt und Verkehr

- ★ Sofortige Stilllegung aller AKW und Stopp von umweltzerstörerender Produktion bei voller Lohnfortzahlung für die Beschäftigten
- ★ Müllvermeidung und Recycling, sofortiger Baustopp für Müllverbrennungsanlagen

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionen in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschichtliche FacharbeiterInnen

Gegen Rassismus und Faschismus

- ★ Keine Abschiebungen
- ★ Wahrheit und gleiche Rechte für alle in Deutschland lebenden Menschen
- ★ Abschaffung aller Ausländergesetze

Frauen

- ★ Gleicher Lohn für gleiche Arbeit
- ★ Streichung des Paragraph 218 Strafgesetzbuch
- ★ Kostenlose Betreuung für Kinder ab dem 1. und bis zum 12. Lebensjahr, einen garantierten Kindergartenplatz für jedes Kind
- ★ Flächendeckendes Angebot an selbstverwalteten Frauenhäusern

Gewerkschaften, SPD und PDS

- ★ Keine Zusammenarbeit mit den Parteien des Kapitals
- ★ Organisierung eines vereinten Kampfes von deutschen und ausländischen, west- und ostdeutschen KollegInnen auf der Grundlage eines sozialistischen Programms
- ★ Abgeordnete und Funktionäre dürfen nicht mehr verdienen als ehrenschäftlichen FacharbeiterInnen

Für eine sozialistische Demokratie

- ★ Keine Privatisierung, Verstaatlichung aller Konzerne, Banken und Versicherungen unter demokratischer Arbeiterkontrolle und -verwaltung
- ★ Für eine demokratische Planwirtschaft, in der die Produktionsplanung von den gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht vom Profit bestimmt wird
- ★ Wahl- und jederzeitige Abwählbarkeit aller Funktionen in Wirtschaft und Staat. Keine Privilegien für Funktionäre, sondern durchschichtliche FacharbeiterInnen

Weltklimakonferenz

Beschllossen wird nichts

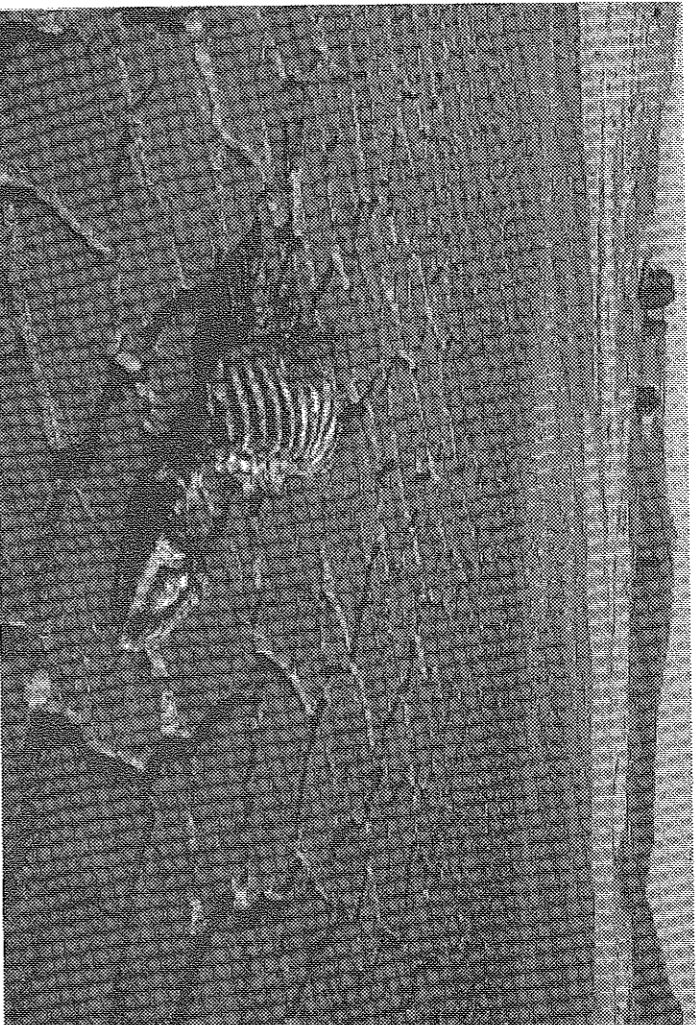
Eine Woche vor Beginn der Klimakonferenz war das Thema dem SPIEGEL eine Titeltory wert. „Vor uns die Sintflut“ lautete der SPIEGEL-Titel ohne Frage- oder Ausrufezeichen. Mit dieser Spitzfringigkeit läßt sich die Situation, in der sich Wissenschaftler und Politiker und damit auch die Presse vor und nach dem Weltklimagipfel befinden, treffend analysieren.

Johannes, Köln

Die gesamte Fachwelt erwartet in den kommenden Jahrzehnten drastische Klimaveränderungen. Im Groben ist unbestritten, daß es zu einer Erwärmung auf der Erdoberfläche kommen wird – plus 3 Grad – und daß der von Menschen verursachte Eintrag bestimmter Gase und Partikel in die Atmosphäre eine wichtige Rolle dabei spielt. Der Leiter des Max-Planck-Instituts für Meteorologie spricht von einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent.

In diesem Jahrhundert ist der Verbrauch an fossilen Brennstoffen kontinuierlich angestiegen. Dadurch wird eine Kettenreaktion ausgelöst. Die fortgesetzte Verbrennung fossiler Rohstoffe und die Freisetzung von Gasen aus künstlich erzeugten chemischen Prozessen haben zu einer veränderten chemischen Zusammensetzung der Atmosphäre geführt.

Dadurch sind elementare Gleichgewichtsprozesse ver-



Dürre in Spanien: die Klimakatastrophe wird Europa nicht verschonen

soben worden, die teilweise seit der Entstehung pflanzlichen Lebens auf der Erde nicht wesentlich verändert wurden und Voraussetzung für das Entstehen von Leben außerhalb des Wassers waren.

Mit Treibhauseffekt meint man eine verminderte Durchlässigkeit der Atmosphäre für langwellige Wärmestrahlung von der Erde ins Weltall, Ozonloch bezeichnet eine Veränderung in der Atmosphäre, wodurch diese durchlässiger für die gefährliche

kurzwellige Röntgenstrahlung aus dem All wird.

Die Erderwärmung wird zum Ansteigen des Meeresspiegels durch Abschmelzen der Polkappen führen, viele Inseln, Bangladesch, Holland und Nord-

deutschland wären von Überschwemmung bedroht. Heute fruchtbares Ackerland würde zu Wüste werden, Armut und Hunger ansteigen. Dazu kommen zunehmende Unregelmäßigkeiten wie Orkane und Pirwellen. Umwelprobleme wie Trink-

wasserverschmutzung haben fast ihren Schrecken (für die Herrschenden, nicht für die Betroffenen); die Red.) verloren, weil sie lokal begrenzt durch technische Hilfsmittel lösbar sind. Bei den globalen Umwelproblemen wie der Klimaveränderung ist das anders. Die Wissenschaft ist weit davon entfernt, in die Prozesse der oberen Erdatmosphäre kontrolliert eingreifen zu können.

Ein sofortiger Stopp aller schädlichen Emissionen würde erst in

mehreren Jahrzehnten Auswirkungen auf die atmosphärischen Schichten haben. Trotzdem muß in diese Richtung gearbeitet werden, um die bereits erkennbaren Verschlechterungen nicht weiter zu verstärken.

Alle sind sich einig, daß die negativen Auswirkungen der Klimaveränderung am stärksten die treffen wird, die ohnehin schon in den ärmsten und benachteiligten Regionen der Erde leben. Die Armenhäuser haben aber auf der Klimakonferenz, wie auch bei der Umweltkonferenz in Rio und der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo, kaum Einfluß auf die Entscheidungen. Das Sagen haben die reichen Industrienationen, die auch Hauptverursacher des Problems sind. So herrsche schon vor der Konferenz in einer Frage Einigkeit: Entscheidung, die zu drastischen Reduzierungen der gefährlichen Emissionen führen würden, erwartet niemand. Ziel der Berliner Konferenz ist ein Protokollentwurf für die Folgekonferenz 1997!

Die Politiker und natürlich erst recht die wahren Herrschenden in den Konzernleitungen, handeln auch in dieser Frage nach ihrer Lieblingsdevise in der Umweltpolitik: Nach uns die Sintflut!



Zurück auf den Boden

Für Schüler an einem Ostgymnasium stellt sich so langsam die Frage „Was jetzt?“. Und in mancher Oberstufe hört man da von vielen schon von rosigen Aussichten auf Banklehren oder BWL-Studien mit Aufstieg in die Chefetagen.

Christine, Rostock

Ein Berufswunsch wie Hotelfachfrau erntet da nur Unverständnis bis hin zur Verachtung. „Klopapier und Zimmermäden, dafür mach ich doch kein Abi!“

Der Traum vom Tellerwäscher zum Millionär ist für viele Gymnasialschüler nicht mehr aktuell. Gut abgeschotet von der Artbeitswelt erwarten sie den sofortigen Einstieg in die oberen Schichten. Die Schule bekräftigt diese Meinung auch noch. So lernt die zukünftige „Elite“ in Mathematik zum Beispiel anhand von Graphiken, die immer währende gute Konjunktur der Marktwirtschaft aufzuzeigen.

Soweit die Voraussetzungen – und dann das erste Vorstellungs-gespräch für eine beliebige kaufmännische Lehre. Schon bald merkt jeder, daß da doch einige Dinge „abituriertennunwürdige“ sind. Arbeitszeit von 9-18 Uhr mit jeweils einer Stunde Vor- und Nachbereitungszeit. Ich, Mathe-Note 2, habe schnell erkannt, daß dies genau 10 Arbeitsstunden pro Tag sind.

Desweiteren sind Pausen normalerweise nicht möglich, wegen plötzlichem Kundenansturm. Als besonderer Bonus wird die Samstagsarbeit gehandelt. Da dürfen sich die Azubis mal allein auf die Probe stellen, in Norfillen sind sogar die Chefs zu erreichen. Allerdings nicht vor 11 Uhr, da schlafen sie noch.

Da der Berufsschul-Unterricht berichtigt für seine Nutzlosigkeit ist, gibt es Zusatzunterricht im Betrieb, wahlweise von 7-9 Uhr oder von 18-20 Uhr oder neben der Arbeit. Aber es sind ja nur die Fächer Betriebswirtschaftslehre, allgemeine Wirtschaftsinformatik und soziale Wirtschaftsinformatik.

Da sind die Karriere-Träume schnell dahin. Wohl doch lieber mit dem Tellerwäscher versuchen? Oder die Augen aufmachen – und merken, daß auch Gymnasialisten hart und schlecht bezahlt arbeiten sollen und wirklich keinen Grund haben, arrogant zu sein?!

Nicht für das Leben, für die Konzerne lernen wir

Tausende von Schülern, Eltern und Lehrerinnen gingen in Hessen und Niedersachsen gegen den Bildungskahlschlag auf die Straße. Doch wir wollen nicht nur das Schlimmste verhindern, wir brauchen ein grundsätzlich anderes Bildungssystem.

David, Schilleraktionskomitee, Kassel

Das extremste Beispiel für ein Bildungssystem zum Nutzen der Konzerne ist die USA. Dort sind Schulen teilweise so stark von privaten Sponsoren abhängig, daß sie dazu genötigt werden, den Schülern in der Viertelstunde des regulären Unterrichts Werbefilme des betreffenden Betriebs zu zeigen.

Aber auch das deutsche Bildungswesen ist nach den Interessen der Unternehmer organisiert. Solidarität wird einem in der Schule ausgetrieben. Die Unternehmer brauchen keine Menschen, die am Arbeitsplatz solidarisches Zusammenarbeiten, für sie ist es nicht nötig, daß alle ihre Fähigkeiten entfalten können. Sie brauchen eine kleiner werdende Schicht von Spezialisten, die Abi machen und danach die Universität besuchen sollen können. Diese sollen sich dafür durchboxen müssen, um den Erlösbogen zu trainieren.

Immer mehr werden Gymnasien und Unis zu reinen Paukanstalten, damit SchillerInnen und StudentInnen nicht mehr soviel über die Zusammenhänge nachdenken, sondern zu guten Fach-

idionen werden.

Schlechter dran sind allerdings die Schülern, die nicht für qualifizierte Ausbildungsgänge gebraucht. An Hauptschulen gibt es den schlimmsten Lehrermangel und die schlechteste Ausstattung. Wer mit Hauptschule „abgestempelt“ ist, kann sich gleich damit abfinden, für Billigjobs vorgesehen zu sein.

Stattdessen brauchen wir ein Bildungssystem, in dem die Fähigkeiten aller Schülern weiterentwickelt werden. Zum Beispiel durch integrierte Gesamtschulen als Regelschulen, in denen über ein breites Kursangebot sowohl die bisherigen Schulfächer aber spätestens

nach der 10. Klasse auch praktische Sachen unterrichtet werden, so daß alle Schülern die Chance haben, dann eine Berufsausbildung oder ein Studium zu machen. Zum Beispiel durch Neuenstellungen von Lehrern und bessere Ausstattung der Schulen sowie kleinerer Klassen und Kurse. Und durch demokratische Mitbestimmung von Schülern und Lehrern darüber, wie die Schule läuft.

Leider reicht es nicht, unsere guten Vorschläge den Kultusministerien zu schicken, denn die haben andere Rätegeber. Verbesserungen müssen erkämpft werden.



Privatisierung durch die Hintertür

Studentenwerke NRW

Die Regierung in Bonn geht beim Thema Privatisierung voll zur Sache. Schon jetzt werden die negativen Auswirkungen der Privatisierung von Bahn und Post sowohl für die Beschäftigten als auch für die Benutzer deutlich.

Daniel Behruzi, Student*, Aachen

Aber nicht nur die CDU, von der haben wir eh' nichts anderes zu erwarten, auch die SPD-Landesregierungen verthöhen flüchtig staatliches Eigentum. Ein Beispiel dafür sind die Studentenwerke in Nordrhein-Westfa-

Während die CDU offen für die Umwandlung der Studentenwerke in GmbHs eintritt, ist die SPD offiziell gegen die Privatisierung. Gleichzeitig betreibt die SPD-Landesregierung diese durch die Hintertür.

Ursprünglich zahlte das Land die Löhne und die Energie, die Studenten brachten die Kosten für das Material auf. Das sicherte relativ soziale Preise und ertragreiches Essen in den Mensen. Das hat sich grundlegend geändert. Bei einem Haushaltsloch von 130 Milliarden soll wieder einmal auf unsere Kosten gespart werden. Deshalb „novelisieren“ die Landesregierung

1994 das Studentenwerkesgesetz. Seitdem zahlt das Land nur noch einen Festbetrag, der noch nicht einmal an die Inflationsrate angepasst wird. Das bedeutet, daß die Studentenwerke möglichst „effektiv“ wirtschaften müssen.

Das geht voll zu Lasten der Beschäftigten und der Studierenden. Die Studentenwerke haben nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie erhöhen die Preise und fahren die Leistungen zurück oder sie setzen Personal auf die Straße und machen Menschen dicht. So werden Studenten und Beschäftigte gegeneinander ausgespielt. Dem Studentenwerk

Aachen fehlen 3,5 Millionen bei einem Haushalt von 10,5 Millionen. Diese Summe muß es nun den StudentInnen aus der Tasche ziehen. Und das in einer Zeit, in der die meisten Studierenden eh' schon den größten Teil ihrer Freizeit damit verbringen, in Kneipen oder Fabriken zu schuften, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen.

Langfristig ist die Budgetierung (Zahlung von Festbeträgen) der Einstufung in den Ausstieg des Landes aus der Finanzierung der Studentenwerke. Manfred Engelhardt, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Studentenwerke NRW (ARGE)

bringt es auf den Punkt „Die Studentenwerke sollen platangemacht werden, um privaten Anbietern die Möglichkeit zu geben die Essensversorgung der Studenten zu übernehmen.“ Das heißt, wir dürfen uns demnächst bei teuren und ungesunden Fast-Food-Ketten à la McDonalds versorgen, bei denen die Leute zu Hungerlöhnen arbeiten müssen. Wir dürfen nicht zulassen, daß es soweit kommt! Studierende und Beschäftigte müssen sich gemeinsam wehren, denn die 130 Milliarden Defizit haben weder die Beschäftigten noch die Studenten verursacht, so Manfred Engelhardt. ■

Bremerhaven

SAV tritt zur Wahl an

Der Bremerhavener Stadtverband der SAV tritt zu den Kommunalwahlen im September an. Die Gegenwehr, die wir auf der Straße organisiert haben, soll jetzt mit einer politischen Alternative in der Stadtverordnetenversammlung kombiniert werden.

**Ulf Petersen, 2. Zt.
Bremerhaven**

In Bremerhaven haben SAV-Mitglieder als Jungsozialisten seit zehn Jahren dafür gekämpft, daß die SPD zu ihren sozialistischen Grundprinzipien als Arbeitnehmerpartei zurückkehrt und konsequent für die „kleinen Leute“ eintritt. Doch die Abgehenden und Funktionäre haben sich immer mehr an die CDU angepaßt und verwalten nur noch die Krise der Stadt. Vor zehn Jahren behauptete die SPD, daß man ein paar Jahre Sozialkürzungen hinnehmen müsse, um dann wieder Verbesserungen

bezahlen zu können. Arbeitsplatzabbau auf den Werften wurde mit dem Argument der „Standortsicherung“ verteidigt.

1987 lag die Arbeitslosenquote bei 18 Prozent. Gar nichts hat sich seitdem getan. 17 000 Menschen sind auf Sozialhilfe angewiesen. Jugendliche haben keine Zukunft in der Seestadt, im Herbst fehlen wieder 400 Ausbildungsplätze. Freizeiteinrichtungen werden geschlossen und Lehrstellen abgebaut.

„Sparen und in die Zukunft investieren“ ist jetzt das Motto der SPD im Land Bremen. In der Führung der Bremerhavener SPD wird zynisch von weiteren „50 Jahren Sparpolitik“ gesprochen. Gleichzeitig verbreiten SPD, CDU und FDP Illusionen in einen neu zu bauenden „Ocean-Park“ mit Großaquarium, der mit hunderten von Millionen öffentlicher Gelder gefördert tausende Arbeitsplätze schafft soll. Die arbeitslosen Fachbetrie-

ter haben vielleicht einen zukunftssicheren Job als Eisverkäufer ...?

Einige rechte SPD-Politiker sind noch konsequenter auf Untermehner-Kurs gegangen und habe die „Arbeit für Bremer/Bremerhaven – AFB“ gegründet – „Abzockern für Bonzen“ wäre die bessere Bezeichnung. Neben alten SPD-Rechten finden sich dort Ex-CDUler, der Chef der Bremer Sparkasse und parteilose Reaktionäre. Das Entstehen der AFB spricht Bände über den Niedergang der Bremerhavener SPD. Aber auch die sogenannten „Erneuerer“ sind seit Jahren auf dem gleichen Sparkurs.

In den letzten Monaten hat die SAV Kampagnen gegen Kürzungen geführt. Wir fordern einen Kindergartenplatz für jedes Kind, während die SPD versucht, mit Rechenkünstlecken das Fehlen von jährlich 800 Plätzen zu verstecken. Die SAV hat zur Gründung der Bremerha-

verner Mieterinitiative aufgerufen und mit den Mietern gegen den Verkauf der STÄWOG (Städtische Wohnungsgesellschaft) gekämpft. Unter diesem Druck ist die SPD von ihrer ursprünglichen Absicht abgerückt, 25 Prozent der STÄWOG an die Banken zu verkaufen.

In den letzten zwei Monaten sind einige Aktivisten aus der Mieterinitiative in die SAV eingetreten. Das Echo auf unsere Kandidatur ist sehr positiv, viele Leute bieten uns Unterstützung an. Noch boykottiert uns die Lokalzeitung – im Gegensatz zur Bremer Presse und dem Fernsehen, die ausführlich über die SAV-Kandidatur berichteten.

Aber in den nächsten Wochen werden wir weiter den Kampf gegen Kürzungen, gegen den Verkauf der STÄWOG und für mehr Kindergartenplätze führen und dabei die SAV als Alternative zu den etablierten Parteien bekanntmachen.



SAV-Aktivisten spielen eine wichtige Rolle im Kampf gegen den drohenden Verkauf von Wohnungen der Stäwog

Sozialistische Alternative VORAN

Treffen der Ortsgruppen und Veranstaltungen

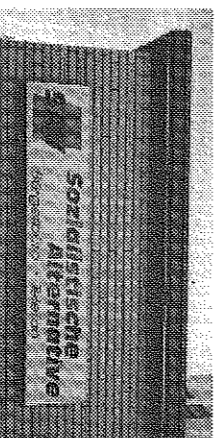
- Rostock**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Berlin**
Infos und Termine der Ortsgruppen bitte unter 030 / 4 44 76 16 erfragen
- Bremerhaven**
Jeden Montag, 19 Uhr, Freizeithelm Lehe-Treff, Eupener Str. 3
Infos über Themen unter 04 71 / 41 75 48
- Kassel**
OG Nordost: jeweils freitags, 19 Uhr, Kulturzentrum Schlachterf. Mornbeistr. 12
OG West: jeden Sonntag, 19 Uhr, Café Libre, Fr.-Ebert-Str. 171 (Gegengüber der Stadthalle)
Infos über Themen unter 05 61 / 1 64 91
- Köln**
Dienstag, 18. 4.: QTV-Tarifrunde – 6 Prozent, schon ein Kompromiß!*, 19.30 Uhr, Bürgerzentrum Alte Feuerwache, Melchiorstr. 3 (Nahe Eberplatz); Montag, 24. 4.: „Was will das Komitee für eine Arbeiterinternationalen?“, 19.30 Uhr, Ort bitte erfragen; Dienstag, 9. 5.: „8. Mai 45: Befreiung vom Faschismus“, 19.30 Uhr, Ort bitte erfragen
Infos unter 02 21 / 13 45 04
- Krefeld**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Aachen**
OG Nord: jeden Montag um 19 Uhr, Griechische Gemeinde, Rudolfstr. 18
OG Mitte: jeden Dienstag, 19 Uhr, Che-Haus, Ponstr. 41
OG Ost: jeden Montag, 19 Uhr, Keatmühle, Triener Str. 16
Weitere Infos unter 02 41 / 50 86 85
- Siegen**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen
- Frankfurt/Main**
Infos über Ort und Termine unter 0 61 81 / 57 35 45
- Stuttgart**
OG Mitte: jeden Mittwoch, 19 Uhr, Jugendhaus Mitte, Höhe Str. 9
OG Süd-West: jeden Dienstag 17.30 Uhr, Jugendhaus Hesch (Böblingen Str. 92)
OG Nord: jeden Dienstag, 19 Uhr, Jugendhaus Nord, Weiße Infos unter 07 11 / 2 23 82 14
- Freiburg**
Ort und Termine bitte bei der SAV-Bundeszentrale erfragen

Kampffonds

Die SAV Bremerhaven hat im März ihr örtliches Büro eröffnet. Jetzt kann der Kampf gegen den Verkauf der städtischen Wohnungsgesellschaft, gegen kommunale Kürzungen und der Wahlkampf der SAV noch besser geführt werden.

Georg Kimmel

Wir bitten alle LeserInnen um Spenden, unter anderem zur Finanzierung des Büros und der Arbeit der SAV-Bremerhaven. Rostocker SAV-Mitglieder sammeln in zwei Wochen im März Unterschriften und 308 DM ihre Kampagne gegen die Mietpreisexpllosion in Ostdeutschland.



Spendenkonto:

VORAN
Kto.-Nr. 2500 59-430
Postbank Essen,
BLZ 360 100 43

DVU vertreiben!

1987 hat die faschistische *Deutsche Volkunion* – DVU den Sprung ins Bremer Landesparlament geschafft. 1991 bekam sie in Bremerhaven über 10 Prozent der Stimmen. Daß Neonazis acht Jahre lang im Stadtparlament sitzen können und immer noch Stimmen bekommen, zeigt den Bankrott der etablierten Parteien und vor allem der SPD.

Jetzt will die DVU mit einer 6 Millionen DM teuren Materialschlacht ihre Parlamentsitze sichern. Die SAV hat das Ziel, die DVU aus Bremerhaven zu vertreiben, indem wir der rassistischen Propaganda der DVU unseren Kampf für soziale Verbesserungen entgegensetzen und deutlich machen, daß die DVU eine Hilfstuppe der Bonzen ist und nicht vorhat, die Interessen der „kleinen Leute“ zu vertreten.

Die SAV ruft daher gemeinsam mit Jugend gegen Rassismus in Europa – JRE und anderen Organisationen zu einer Demonstration am 29. April gegen die DVU und die anderen zur Bremer Landtagswahl antretenden Nazi-Parteien auf.

Rostock

Fahrpreiskarussell

Am 1. März wurden in Rostock wieder einmal die Fahrpreise für den öffentlichen Nahverkehr kräftig angehoben. Im Durchschnitt lag die Erhöhung bei 20 Prozent, bei Monatskarten um 25 Prozent.

René, Rostock

Dies trifft vor allem die Leute, die auf Busse und Bahnen angewiesen sind und oftmals kein Auto haben, Schüler, Studenten, berufsstätige Frauen, Rentner und Arbeitslose. Begründet wurde die Preiserrhöhung mit einer Kürzung der für den Haushalt der Stadt Rostock vorgesehenen Finanzmittel um 3 Millionen. Diese Kürzung wurde durch die CDU-SPD-Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern veranlaßt, die eine Kürzung im Landeshaushalt einfach an die Kommunen weitergab.

Viele Bezieher kleiner Einkommen wissen nicht, wie sie die Mehrausgaben von über 100 DM im Jahr ausgleichen sollen.

In Rostock bildete sich ein Aktionsbündnis, das von den Jungsozialisten, den Jungen Genossen in der PDS, dem Studentenrat und der Sozialistischen Alternative VORAN getragen wurde. Wir führen zahlreiche



Zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Das Versagen der SPD 1914 * die Deutsche Revolution 1918 * die verpöblichten Chancen der KPD * wer brachte Hitler an die Macht * der 2. Weltkrieg * H. Der Generalstreik 1948 * Krise und große Koalition 1966 * Revolution und Kontextrevolution in der DDR 1989/90
Format A4, 52 Seiten, Preis 4,50 DM + 1,50 Porto, Bestellungen an die Redaktion VORAN.

Werde Mitglied der SAV!

- zehn Ausgaben zu 18,- DM
- zusätzlich Exemplare zum Weiterverkauf (in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
- Förderabo, 10 Ausgaben zu ___ DM (min. 30,-)

Name, Anschrift, Telefon

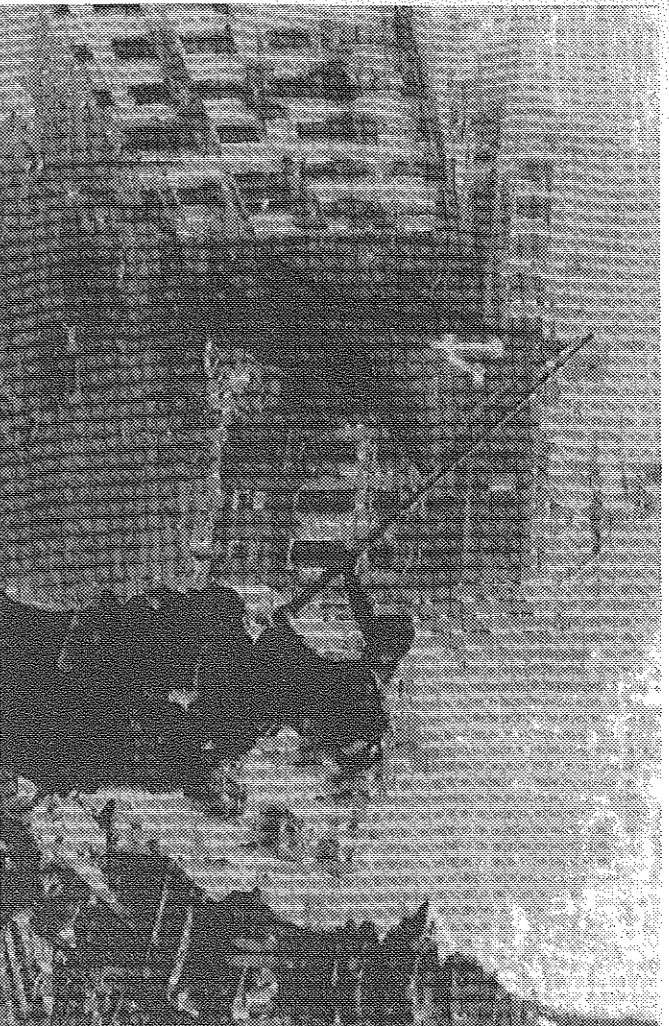
Überweisen an: VORAN, Postgüternamt Essen, BLZ: 360 100 43, Konto-Nr. 250 059-430 – keine automatische Abo-Verlängerung
Abschnitt schicken an: Red. VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln

ABONNIERT VORAN!

VORAN
Impressum
Überregionale marxistische Monatszeitschrift, erscheint seit 1973.
Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratischen Vereinigung der Redakteure, Angeler Bankier, Reichensangerstraße, Althausen.
Druck: Blitz-Druck, Mandel-Grahl, Essen
Redaktionsbeschriftung: Vora, Hansaring 4, 50670 Köln
Telefon: 02 21 / 13 45 04 oder 1 4 6 0 4
Telefax: 02 21 / 13 72 80
Bankverbindung: Postgüternamt Essen, BZ 360 100 43
Konto-Nr. 2500 59-430

Abgeben am SAV-Stand, Deinem VORAN-Verkäufer oder schicken an: Sozialistische Alternative VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Infotelefon 02 21 / 13 45 04 Fax 02 21 / 13 72 80

8. Mai 1945: Befreiung



Hammer und Sichel auf dem Berliner Reichstag: Die Rote Armee trug die Hauptlast des Krieges gegen Nazi-Deutschland

Die erste Runde: 1914-18

Dieser Krieg war nicht die wahnwitzige Idee einer Einzelperson oder Clique. Der II. Weltkrieg war die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus. Der Krieg von 1914-18 war der Vorbote. Damals kämpften die Großmächte um die Neuaufteilung der Welt, um Absatzmärkte und Rohstoffe.

Das Deutsche Reich war vor 1914 wirtschaftlich, das dynamischste Land, war aber beim Kolonial-Raubzug zukurzgekommen. Deutschland war daher eine aggressive Macht und wollte den

Krieg – schnell und umfassend.

Die Niederlage im I. Weltkrieg legte das Reich stattdessen an die Kette der anderen imperialistischen Länder. Doch außer den USA, deren Wirtschaftskraft den Krieg entschied, gingen die Sieger geschwächt aus dem Krieg hervor. Der Versailler Friedensvertrag legte dem besiegten Deutschland Widergutmachungszahlungen auf. Das Förderte revanchistischen Kräfte. Marschall Foch, Oberbefehlshaber der französischen Truppen: „In 20 Jahren gibt es den nächsten Krieg.“

Revolution und Konterrevolution

Der I. Weltkrieg hatte große Veränderungen zur Folge. In Rußland wurde der Kapitalismus durch die Oktoberrevolution und den anschließenden Bürgerkrieg der Sowjetrepublik gegen die Zaristen und ausländischen Truppen abgeschafft und mit dem Aufbau eines Arbeiterstaates begonnen.

In Westeuropa gab es große Bewegungen der Arbeiterklasse. Am weitesten ging sie in Deutschland. Die Revolution wurde aber auf halbem Wege von der Sozialdemokratie erwürgt und endete in einer bürokratisch-parlamentarischen Demokratie. Der Kaiser war zwar weg, doch die Generäle, Bürokraten und vor allem die Fabrikbesitzer blieben.

Die Weimarer Republik war nicht stabil. 1920 scheiterte der reaktionäre Kapp-Putsch am Widerstand der Arbeiterklasse. Bis 1923 gab es auch Chancen für die

Aufstieg der Nazis

Bei der Parlamentswahl 1930 legte die KPD zu, doch die NSDAP schaffte einen Erdbeerschlag. Die Krise hatte nicht nur die Arbeiter getroffen, die mehrheitlich SPD und KPD unterstützten. Die Mittelschichten wie Händler, Bauern, Angestellte und Beamte – 50 Prozent der Bevölkerung – wurden ruinert. Sie bildeten die Basis der Nazis.

Durch Hitlers Zielsetzung, die Organisationen der Arbeiterbewegung zu zerschlagen, wurden die Nazis für die Kapitalisten interessant. Die Zerstörung von KPD, SPD und Gewerkschaften würde ihnen den Spielraum geben, den sie brauchten, um ihre Profite zu retten.

Deshalb setzten ab Anfang der 30er die entscheidenden Teile des Kapitals auf Hitler. Neben der

Vernichtung der Arbeiterbewegung waren dessen Kriegspläne entscheidend für die Unterstützung durch die Großkonzerne. Hitler versprach gewaltige Rü-



Versagen der Arbeiterbewegung

Die Kräfte zur Abwehr der faschistischen Gefahr waren in der Arbeiterbewegung vorhanden. Über die Mitglieder von SPD und KPD hinaus waren weitere 4 Millionen in den Gewerkschaften, Reichsbanner und Rotfrontkämpfverbund organisiert.

Doch die SPD setzte auf die Treue der Unternehmer und des Staatsapparates zur Republik, sah die Rettung vor dem Faschismus in frommen Hoffen, der preussischen Polizei und Zustimmung zu einer immer rechten Politik der bürokratischen Regierungen.

Die stalinistische Führung der KPD unter Thälmann verkamte die Gefahr. Sie glaubte, daß die Nazis zwar an die Macht kommen könnten aber schnell abwrüpfen würden. Selbstzufrieden über leicht wachsende Unterstützung bei den Wahlen wollte sie nicht sehen, daß die Mehrheit der Industriearbeiter nach wie vor dem verhängnisvollen Kurs der Sozialdemokratie folgte, daß große Teile des Kleinbürgertums und des Lumpenproletariats zur NSDAP gingen und daß Hitlers Sieg die völlige Vernichtung der KPD bedeuten würde.



Hitler heißt Krieg

Hitler drängte darauf, den Versailler Vertrag zu zerschlagen. 1935 führte er die Wehrpflicht ein. Die Siegermächte hatten Deutschland die Beschränkung auf eine 100 000-Mann Berufsarmee auferlegt. Der Aufbau einer Luftwaffe und flexibler Panzerverbände war ebenfalls „illegal“. England und Frankreich unternehmen nichts.

1936 marschierten deutsche Truppen in das entmilitarisierte Rheinland ein. 1938 annektierte Nazi-Deutschland erstmals ein anderes Land: Österreich wurde „Großdeutschland“ eingegliedert. Die Bestürzung der „großen Demokratien“ hielt sich in Grenzen. Wenige Monate später verlangte

Am 8. Mai vor 50 Jahren endete der II. Weltkrieg, das größte Gemetzel der Geschichte. Russische, britische, französische und amerikanische Truppen zerschlugen das Nazi-Regime. Zur Zeit läuft eine Diskussion über die Bewertung des Krieges. CDU-Rechtsaußen wie Alfred Dregger meinen, angesichts des Sieges der Roten Armee könne von Befreiung keine Rede sein. Der Untergang der Nazi-Diktatur und des Deutschen

Stungsaufräge, die Eroberung neuer Absatzmärkte, die Vernichtung Sowjetrußlands und die Schaffung von riesigen Ausbeutungsgeländen in Osteuropa.

Statt durch eine Politik der Einheitsfront, der gemeinsamen Aktionen mit den sozialdemokratischen Arbeitern, die Arbeiterbewegung zu stärken und die SPD-Basis näher zur KPD zu ziehen, beschimpfte sie die SPD als „Sozialfaschisten“, als linken Plügel des Faschismus.

Als das Kapital die Macht an Hitler übergab, war die Arbeiterbewegung zerrütet, gespalten und gelähmt. Der Wille der Arbeiter zum Kampf und zur Einheit war da. Aber die Führung war längst keine Führung mehr. In den ersten Monaten der Nazi-Herrschaft hielt Hitler Wort: KPD und SPD wurden verboten, die Gewerkschaften aufgelöst. Zehntausende Aktivisten wurden verhaftet, in Konzentrationslagern gesperrt, ermordet. Die deutsche Arbeiterbewegung kapituliert, ohne einen einzigen Schuß abgegeben zu haben.

Ein Gesetz regelte, daß der Unternehmer im Betrieb der „Führer“ sei und sich die Belegschaft ihm bedingungslos unterordnen müsse. Von 1933-39 füllten sich die Auftragsbücher der Industrie, Autobahnen, Flugzeuge und Panzer wurden gebaut.

Hitler das Sudetenland, den Teil der Tschechoslowakei, in dem viele Deutsche lebten. Auch hier gaben die Siegermächte des I. Weltkrieges nach. Diese Politik wurde als „Appeasement“ (Bewehrung) bezeichnet. Aber handelten die Westmächte aus naiver, fälschlicherweise Friedensliebe, wie bürgerliche Historiker dies unterstellen? Mühseligen.

Als der Faschismus 1933 siegte, waren die westlichen imperialistischen Länder nicht gerade erfreut. Ihnen war ein harter, schwer berechenbarer Gegner erwachsen, ihre wirtschaftlichen Interessen waren in Gefahr. Doch zunächst arrangierten sie sich mit den Nazis. Vor allem in bezug

Reiches soll als „Niederlage für Deutschland“ interpretiert werden, um heutige Großmachtbestrebungen zu rechtfertigen und 40 Jahre „Trittbrettfahren“ (Bundespräsident Herzog) zu beenden.

Torsten Sting, Siegen, beschreibt die Hintergründe dieser Debatte, wie es zum Krieg kam und welche Interessen ihn vorantrieben.

auf die Sowjetunion konnte Hitler ihnen sogar nützlich sein. Auf die Gelegenheit, diese wieder unter kapitalistische Hoheit zu stellen, warteten die Kapitalisten aller Länder seit der Oktoberrevolution. Wer war als Speerspitze der internationalen Reaktion besser geeignet als das Land, in dem die Arbeiterbewegung vernichtet worden und kein Widerstand zu erwarten war?

Die „friedliche Koexistenz“ zwischen Deutschland und dem westlichen Imperialismus war nur von kurzer Dauer. England und Frankreich hatten unversöhnliche Gegensätze zu Deutschland, die nicht friedlich zu lösen waren.

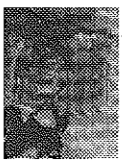
Als Hitler 1939 entgegen seinen Zusagen die „Rest-Tschechei“ besetzte, war die „Appeasement-Politik“ beendet. Der Angriff auf Polen ließ Krieg mit England und Frankreich.



Krieg gegen die Sowjetunion

Der europäische Krieg wurde am 22. Juni 1941 mit dem Überfall auf die Sowjetunion zum Weltkrieg. Er war ein totaler Vernichtungskrieg. Hitler schrieb in seiner Weisung Nr. 21 zum „Unternehmen Barbarossa“, wie der Überfall bezeichnet wurde, daß „politische Kommissare und sonstige Elemente erledigt werden müßten“. Dem deutschen Soldaten mußte klar sein, daß der Krieg gegen den „slawischen Untermenschen“ und den „barbarischen Bolschewismus“ geführt werde.

Es wurde detailliert geplant, wie Russen und andere Völker zu Sklaven der deutschen Industrie und Landwirtschaft gemacht werden sollten. „Es ist der Gedanke ausgesprochen worden, für die Vielzahl der einfachen, unorganisierten und primitiv erscheinenden Arbeiter nicht-volksdeutsche Arbeitskräfte zu verwenden, weil



Die Rote Armee besiegt die Nazis

Das Ergebnis des faschistischen Terrors in der UdSSR waren 20 Millionen Tote. Doch all diese Verbrechen konnten den Willen, sich der Nazi-Diktatur zu entziehen, nicht brechen. Nachdem die Wehrmacht 1941

Nazi-Deutschland gelang es dank moderner Kriegsmaschinerie und Überfalltechnik – „Blitzkrieg“ – die Gegner zu schlagen. Nachdem Polen in wenigen Wochen erobert war, überfiel die Wehrmacht im Frühjahr 1940 das neutrale Dänemark und Norwegen. In wenigen Wochen im Mai wurde mit dem Sieg über Frankreich der wichtigste kontinentale Rivale im Wettlauf um die Märkte aus dem Rennen geworfen.

In allen Ländern wurden brutale Unterdrückungsregimes errichtet. Nachdem Hitler mit der Sowjetunion nach dem Fall Polens einen Nicht-Angriffs-Pakt abgeschlossen hatte, blieb nur England als Gegner übrig.

Doch auch die dortige Kriegsmaschinerie war in Gang gekommen. Die Deutschen erreichten die für eine Invasion Englands notwendige Luftüberlegenheit nicht. *mehr sollen solche Arbeiten ausschließlich von Angehörigen sogenannter Hilfsvölker (vorwiegend Slawen usw.) ausgeführt werden.* (Denkschrift der Reichsgruppe Industrie, 1. 8. 1940).

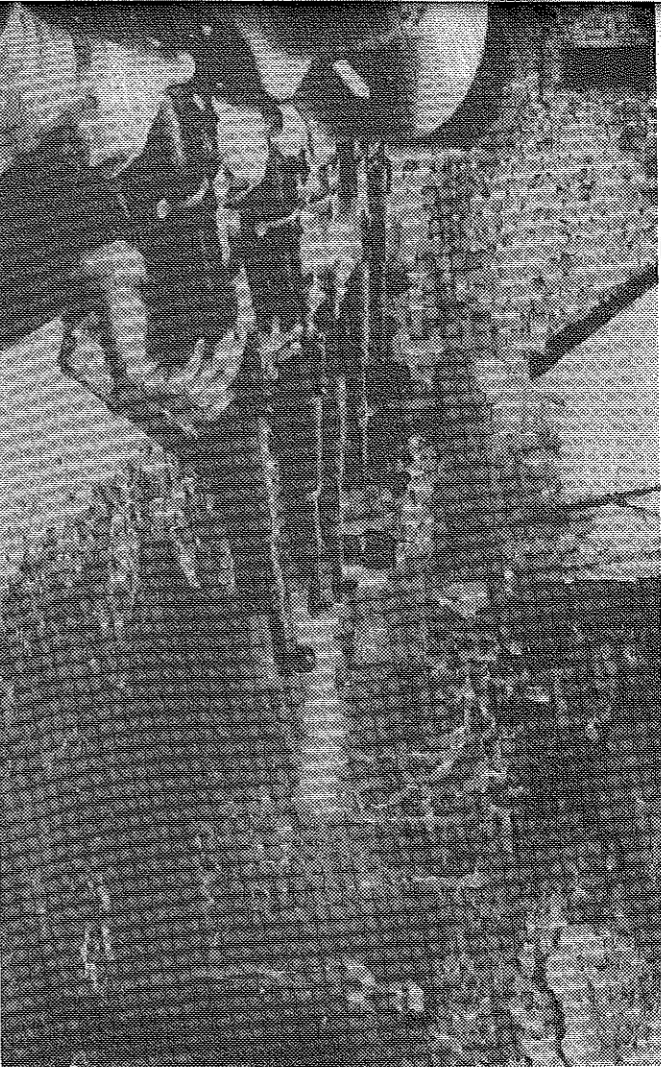
Die Firma Thyssen stellte konkrete Forderungen an das Reichswirtschaftsministerium und die Deutsche Bank legte Planungen für eine europäische „Großraumwirtschaftsordnung“ unter Hoheit des Deutschen Reiches vor.

Die Nazi-Ideologie stellte, wie auch bei der industriellen Vernichtung der Juden, der Sinti und Roma, die Rechtfertigung für die wirtschaftlichen Interessen dar.

Die Pläne zur Unterjochung Osteuropas waren von Rassenwahn diktiert. Doch die Rückkehr zu Sklaverei und die „Vernichtung durch Arbeit“ ist die Konsequenz des faschistischen Regimes, die Konsequenz eines Kapitalismus in der Existenzkrise.

Millionen sowjetischer Soldaten gefangen und große Mengen Kriegsmaterial erbeutet hatte, scheiterte sie im Winter vor Moskau. Der Vorstoß im nächsten Jahr erreichte zwar den Kaukasus, blieb jedoch vor Stalingrad stecken.

INS VORAN DEN NAZIS



Die Wehrmacht führte einen totalen Krieg – auch gegen Widersacher in den eigenen Reihen: 20 000 desertierte wurden erschossen



Beim Angriff auf die mit Flüchtlingen überfüllte Stadt Dresden drei Monate vor Kriegsende wurden Zehntausende Menschen getötet

den Fabriken oder als Partisanen hinter den deutschen Linien trugen die sowjetischen Massen die Hauptlast des II. Weltkrieges und waren entscheidend für die Niederlage Hitler-Deutschlands.

Von Stalingrad aus marschierte die Rote Armee ab Februar 1943 vorwärts, stieß nach Osteuropa vor. Ihr Vormarsch endete 1945 mit der Eroberung Berlins und der völligen Niederlage des Deutschen Reiches.

1943 waren die USA im Pazifik in die Offensive gegen den deutschen Verbündeten Japan gekommen, hatten die Westalliierten das deutsche Afrika-Korps besiegt und waren in Italien gelandet.

Am 6. Juni 1944 landeten amerikanische und britische Truppen in Frankreich und eröffneten die von der UdSSR schon lange geförderte zweite Front.

Die Wehrmacht wurde zurückgeworfen, ab Herbst 1944 wurde der Krieg in Ost und West auf deutschem Territorium geführt. Die Nazis mobilisierten mit dem „Volkssturm“ noch einmal alle Kräfte, Kinder und Alte wurden an der Front verheizt. Der Krieg endete mit der bedingungslosen Kapitulation des Deutschen Reiches am 8. Mai.

Auch eine Niederlage?

Einige bürgerliche Schichtenberger wollen die Bedeutung des 8. Mai umbiegen. Vor 10 Jahren meinte der damalige CDU-Generalsekretär, es habe sich in Ostdeutschland nur die Form der Diktatur geändert, von der brannen zur „roten“. Bürgerliche Historiker setzten gerne „Kommunismus“ mit Faschismus gleich. Den Vogel schloß der rechte Professor Nolte ab, der behauptete, die Machteroberung der bolschewiki 1917 habe den Hitler-Faschismus erst ermöglicht.

Wir setzen dem entgegen. Mit dem 8. Mai ist Deutschland von der faschistischen Barbarei befreit worden. Die Faschisten und ihre Hintermänner in den Konzentralen und Bankvorständen tragen die Verantwortung für den Völkermord. Der Krieg gegen Deutschland war vollkommen berechtigt.

Die deutsche Arbeiterklasse konnte sich vor allem wegen ihrer schrecklichen Niederlage 1933 nicht selbst von der Nazi-Diktatur zu befreien. Den Solda-



Dresden: Bomben für den schnellen Frieden?

Eine andere Variante der Geschichtsklitterung kommt aus der liberalen Ecke, der Mehrheitsströmung der bürgerlichen Historiker und Politiker: Wir hätten die Befreiung in erster Linie den Westalliierten zu verdanken, sie hätten für Demokratie und Menschenrechte gekämpft. Doch wie edel waren deren Motive? Bis zum Ende des Weltkrieges war Großbritanien die größte Kolonialmacht und verweigerte dem indischen Volk und vielen afrikanischen Nationen sämtliche demokratischen Rechte.

Nach Erringung der Luftfreiheit führten Royal Air Force und US-Luftwaffe einen massiven Bombenkrieg gegen die Wohnviertel deutscher Großstädte. Die Opfer waren überwiegend Zivilisten. Nur 15 Prozent der Bomben wur-

den auf Industrieanlagen geworfen. Statt die Moral der Deutschen zu zerstören, dienten sie der Nazi-Führung zum Aufpeitschen des Widerstandswilligen. Der Chef der britischen Bomberflotte, Luftmarschall „Bomber“ Harris, sagte zu den Gründern des Bombenterrors, daß man die deutsche Industrie zum Erliegen bringen könne, indem man die Industrieanlagen inaktiv lasse, aber die Arbeiter töte. Die Brandbombenangriffe auf Dresden, Köln und Hamburg waren auf die Arbeiterviertel konzentriert und verschonten bürgerliche Viertel.

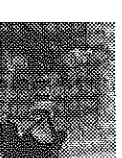
Die Westalliierten wollten keinen Aufstand gegen die Nazis in Deutschland. Sie wollten eine verhängstügelte, zerrützte Bevölkerung und das Land ungestört militärisch besetzen.



USA: Kreuzzug für den Dollar-Weltmarkt

Auch die USA führten den Krieg nicht aus Barmherzigkeit. Sie waren mit dem japanischen Überfall auf die US-Flottenbasis Pearl Harbor in den Krieg eingetreten. Doch Pearl Harbor war ein willkommenes Anlaß, um Japan die alleinige Kriegsschuld zuzuschreiben. Der Krieg im Pazifik war unauweiblich, da die schnell aufstrebende Wirtschaftsmacht Japan der führenden kapitalistischen Nation den Pazifik-Raum absperrig machen wollte. Pearl Harbor waren Wirtschafts- und Kriegs-Maßnahmen der USA vorausgegangen.

Die Westalliierten trugen nicht die Hauptlast des Krieges, auch wenn die Kämpfe im Pazifik, in Nordafrika, Italien und Frankreich in unzähligen Filmen und Büchern dargestellt sind, während es kaum Berichte über die Ostfront gibt. Insgesamt fielen 626 000 amerikanischen und britische Soldaten, während in Jugoslawien 1 Million



Kapitalismus gerettet

Die „demokratisch“ der US-Imperialismus war, zeigte sich nach Kriegs-

stisch orientierte Einheitsgewerkschaften, die sich schnell gründeten, wurden verboten.

Die deutschen Arbeiterschaft hatte die Lehre aus der Nazi-Herrschaft gezogen: Die Konzerne sollen verstaatlicht werden, damit ihre Eigentümer nie wieder das Land unter sich hätten. Aufgrund des großen Drucks für Verstaatlichungen ließ die Besatzungsbehörde in Hessen eine Volksabstimmung zu. Doch als diese eine überwältigende Mehrheit ertrachte, wurde das Ergebnis für ungültig erklärt.

Nach dem Bruch mit der

Aufbau der DDR

Die Rote Armee war bis zur Elbe vorgeedrungen. Auch im Osten waren sozialistische Bestrebungen stark. Doch die Exilführung der KPD war lediglich eine Marionette von Stalins Außenpolitik. Mit Hilfe der Roten Armee wurden die unabhängigen Ansätze der Organisierung der Arbeiter zerschlagen, Ostdeutschland wurde das stalinistische-bürokratische System übergestülpt.

Wie in ganz Osteuropa wurde der Kapitalismus abgeschafft, die Betriebe verstaatlicht. Trotz der bürokratischen Form war dies ein enormer Fortschritt. Anfangs gab es trotz Kritik an der SED Enthu-



Die Wurzeln herausreißen

Der 8. Mai brachte die Befreiung. Doch die Befreier hatten eigene Interessen. In Westdeutschland wurden die sozialen Wurzeln des Faschismus nicht herausgerissen. Für eine ganze historische Phase erleben die entwickelten kapitalistischen Länder eine noch nie dagewesene Wachstumsphase, in deren Verlauf auch die Arbeiterklasse einen höheren Lebensstandard erkämpfte. Doch der Nachkriegsausschwung endete Mitte der Sebziger Jahre.

In Ostdeutschland wurde zwar der Kapitalismus gestürzt. Doch die Kommandowirtschaft mit Hilfe der Panzer der Roten Armee konnte die Gesellschaft nicht langfristig weiterentwickeln.

Es ist die Aufgabe der heutigen Generation von Sozialistinnen,

UdSSR sollte der westliche Teil Deutschlands zum Bollwerk gegen den stalinistischen Block aufgebaut werden. Die inaktive deutsche Industrie wurde mit Hilfe amerikanischer Investitionen, dem Marshall-Plan, wieder in Gang gesetzt.

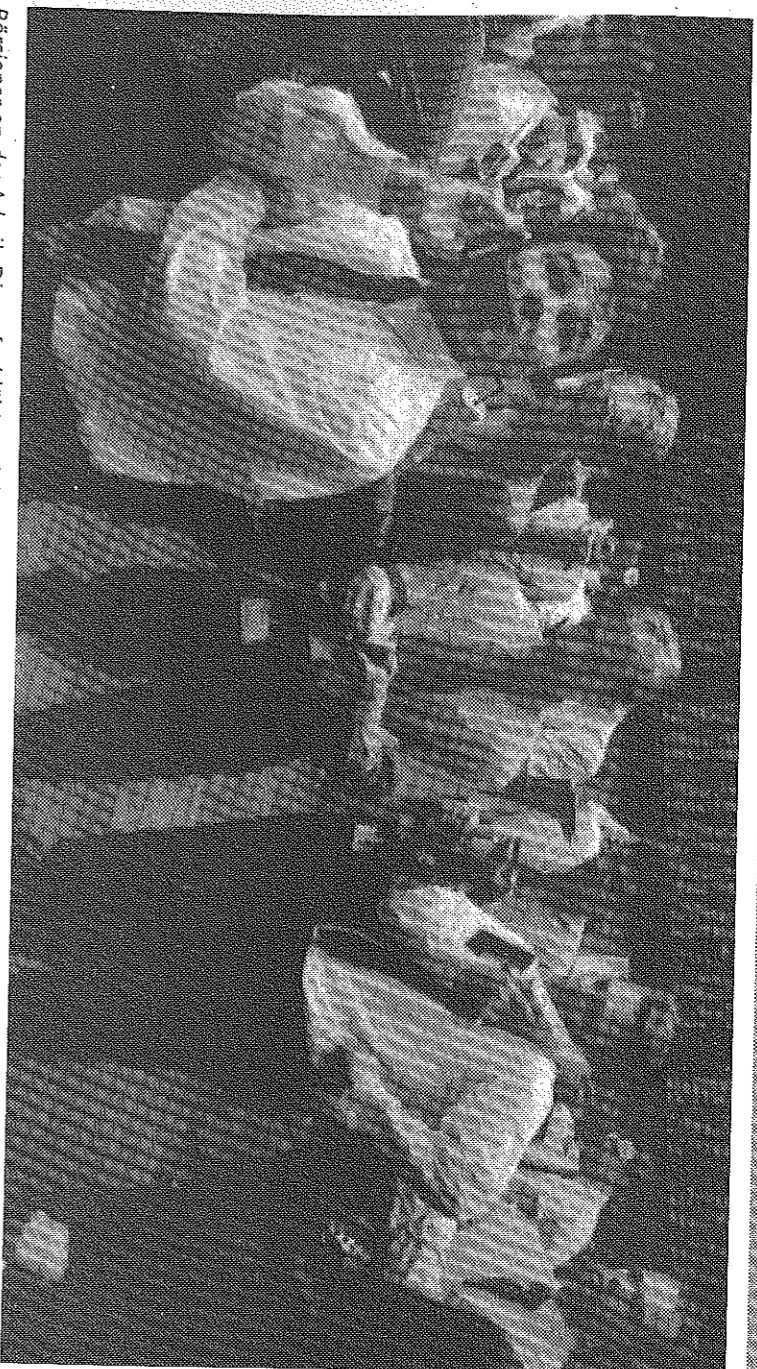
Die Konzerne wurden nicht zerschlagen. Innerhalb weniger Jahre waren sie wieder inaktiv, in den Händen der alten Besitzer. Große Teile des faschistischen Verwaltungs- und Justizapparates wurden in die BRD übernommen, die „Entnazifizierung“ nur an der Oberfläche betrieben.

Das stalinistische Regime war nur ein halber Schritt zum Sozialismus und stieß schnell an seine Grenzen. Ab den 70er Jahren setzte sein Verfall ein.

Das Übel an der Wurzel zu packen, den Kapitalismus abzuschaffen und eine sozialistische Demokratie aufzubauen und damit alle Ursachen von Krieg und Faschismus zu beseitigen.

Mit dem Ende des stalinistischen Blocks bekam das deutsche Kapital den größten Teil der verlorenen Gebiete zurück. Jetzt brechen die Konflikte zwischen den imperialistischen Staaten mehr und mehr auf. Für kommende Wirtschaftskonflikte und Kriege für die Interessen der BRD-Kon-

zern braucht Deutschland eine handlungsfähige Armee. Daher wollen sie die deutsche Geschichte umschreiben, müssen sie die Wehrmacht von den Nazi-Flecken reinwaschen, wollen sie den 8. Mai als etwas Negatives, Feindliches darstellen. ■



Börsianer an der Arbeit: Die aufgeblähten globalen Finanzmärkte sind ein Sprengsatz der Weltwirtschaft

Russisches Roulette an der Börse

Die Wirtschaftskrise in Mexiko, die internationalen Währungssturmlenzen und der Zusammenbruch der Barings-Bank sind Symptome für die zunehmende Instabilität der weltweiten Finanzmärkte. Sie könnten sich in der nächsten Zeit zu einem regelrechten Crash auswachsen, mit schweren Auswirkungen für die Realwirtschaft.

Angela Banker?, Köln

Grund ist der gigantische Kredit- und Spekulationsüberbau, der sich über der Wirtschaft wölbt und sich schon durch sein

Ausmaß jedem Versuch einer Regulierung entzieht. Nie zuvor in der Geschichte des Kapitalismus haben Verschuldung und spekulative Geldströme ein solches Ausmaß wie heute angenommen, dazu noch in globalen Maßstab.

Wir sehen uns nicht nur der nach wie vor hohen Verschuldung der sogenannten „Dritten Welt“ gegenüber sowie der rasanten Zunahme der Auslandsverschuldung der osteuropäischen Staaten seit ihrem Wiedereintritt in den kapitalistischen Weltmarkt, sondern auch der wachsenden Verschuldung von Staat, Konsumenten, teils

auch Unternehmen in den reichen Industrieländern.

Die USA entwickelten sich im Verlauf der 80er Jahre von der größten Gläubiger- zur größten Schuldernation der Welt und sind heute mit 870 Milliarden DM im Ausland verschuldet. Auch Aufschwung und 4 Prozent Wirtschaftswachstum im letzten Jahr – laut bürgerlichen Experten Zeichen für grundlegende Solidität – haben am Fortbestand des hohen US-Doppeldefizits bei Staatshaushalt und Außenhandel nichts geändert. Dies ist einer der Gründe für die anhaltende Dollar-Schwäche.

Der Aufschwung in der BRD ist instabil

In der BRD hat im letzten Jahr ein Wirtschaftsaufschwung angefangen. Das zeigen sowohl die Daten der Ökonomen als auch die tägliche Erfahrung in vielen Betrieben, in denen die Unternehmer Überstunden fordern und manchmal auch neue Leute einstellen.

Wolfram Klein, Stuttgart

Die Wirtschaft ist im letzten Jahr um 3 Prozent gewachsen. Das Wachstum hatte drei Standbeine. Das erste war die Nachfrage der Bauwirtschaft. Sie zeigte aber im Lauf des letzten Jahres immer größere Schwächen, weil die Zinsen stiegen.

Das zweite und wichtigste Standbein war die Nachfrage aus dem Ausland. Die Wirtschaftskrise ist in der BRD durch den Verleihungs-Boom hinausgezögert worden. In den USA und anderen Ländern erhobte sich die Wirtschaft schon wieder, als bei uns die Krise erst losging. Das hat die Krise bei uns abgemildert und verkürzt.

Das dritte Standbein war die gestiegene Nachfrage nach In-

vestitionsgütern (Produktionsanlagen, Maschinen usw.). Die Entwicklung der Investitionen ist das wichtigste Merkmal der Konjunktur. Die Lohnabhängigen geben einen großen Teil ihres Einkommens für die Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse aus. Deshalb schwanken ihre Ausgaben nur wenig. Wenn die Einkommen durch zu niedrige Lohnabschlüsse oder Arbeitslosigkeit sinken, versuchen die meisten KollegInnen, die Einkommensverluste zum Teil auszugleichen, indem sie ihre Ersparnisse anbrauchen oder Schulden machen.

Dagegen schwanken die Investitionen der Konzerne stark. Wenn sie denken, daß sie in den nächsten Jahren hohe Profite machen können, versuchen sie, ihre Produktion zu steigern, um die günstige wirtschaftliche Lage auszunutzen. Und wenn sie die Produktion mit den alten Maschinen nicht genug steigern können, dann kaufen sie neue. Wenn ihre Gewinnerwartungen schlecht sind, dann ersetzen sie nur die veralteten und verbrauchten Maschinen.

Für den Investitionsboom 1994 gab es noch einen anderen

Grund. Hohe Zinsen führen dazu, daß die Unternehmer weniger investieren. Sie investieren dann nur, wenn die erhofften Profite größer sind als die Zinsen, die sie bekommen, wenn sie ihr Geld anlegen oder die Zinsen, die sie zahlen müssen, wenn sie ihre Investitionen mit Krediten finanzieren. Deshalb führte der Anstieg der Zinsen 1994 zu einem Rückgang in der Bauwirtschaft.

Bei den Investitionen führte er aber zu einem Wachstum, weil viele Unternehmer sowieso geplante Investitionen vorzogen, bevor die Zinsen für die Kredite weiter steigen. Wegen dieser Besonderheit ist dieses Standbein des Aufschwungs auch nicht so stabil, wie es in einem normalen Aufschwung wäre.

Reallöhne gesunken

Der Konsum trug zum Wirtschaftswachstum nichts bei. Kein Wunder, die realen Nettolöhne, das Geld, das die Lohnabhängigen nach Abzug der Preissteigerungen ausgeben können, sanken in Westdeutschland um 2,5 Prozent. Nur weil die Sparquote auf ein

Gruppe von Kapitalgebern die Finanzströme mehr lenken oder nennenswert beeinflussen kann. Auch gemeinsame Notenbank-Interventionen erweisen sich als fruchtlos, wie spätestens die europäische Währungskrise 1992 zeigte, als gegen Lira, Pfund und schwedische Krone spekuliert wurde und diese sich schließlich vom europäischen Währungssystem EWS akkoppeln mußten. An eine europäische Einheitswährung ist auf kapitalistischer Grundlage nicht zu denken.

Der Börsenkrach 1987 konnte noch durch koordiniertes Eingreifen der G7-Staaten (G7: Die sieben führenden Industrienationen) abgefangen werden. Heute gibt es nicht einmal theoretisch eine gemeinsame Strategie der G7-Staaten, geschweige denn, daß sie umgesetzt werden könnte. Nie zuvor hatten die Finanzmärkte ein solches Übergewicht über Produktion und Handel, über Na-

nationalen Finanzströme dient der Finanzierung des realen Warenhandels. Der weitaus größere Teil sind spekulative Gelder, immer auf kurzfristigen Gewinn, wie sie sich aus Währungsschwankungen und Zinsdifferenzen ergeben. Ein ähnliches Abheben der Finanzsphäre von realwirtschaftlichen Vorgängen weisen die Aktien- und Immobilienmärkte auf, die in den 80er Jahren nie gesehene Höhenflüge erlebten.

So wurden auf dem Höhepunkt des Booms an der Tokioter Börse Aktien zu Preisen gehandelt, die bis zu 200mal über dem realen Wert des zugrundeliegenden Anlagekapitals lagen. Die Bodenpreise aller Grundstücke der Stadt Tokio lagen 1987 höher als die des gesamten Grund und Bodens in den USA. Japanische Konzerne – und nicht nur sie – erwirtschafteten höhere Gewinne aus ihren Finanzgeschäften als in der Produktion.

Zwar schrumpfte diese Spekulationsblase im Verlauf der letzten Rezession. So sackten die Aktien- und Immobilienpreise in Japan um 40-50 Prozent ab. Aber der weltweite Überhang an fiktivem Kapital, dem keine realen Werte zugrundeliegen, wurde nicht abgebaut, sondern trieb nur neue Blüten in anderer Form, zum Beispiel als Derivate.

Derivate

Die seit dem Zusammenbruch der Barings-Bank vieldiskutierten Derivate sind eine weitere Börsen-Spielart im globalen Casino-Kapitalismus. Derivate („Abkömmlinge“) sind Finanzverträge, mit denen über die Preisentwicklung anderer Finanzprodukte spekuliert wird. Es wird nicht mehr direkt mit Aktien, Immobilien, Rohstoffen, Währungen usw. spekuliert. Derivate sind Weiten über die Entwicklung zukünftiger Preise von Aktien und Währungen, also eine von der Spekulation abgelöste Spekulation.

Ursprünglich dienten solche Verträge zur Absicherung vor Risiken, zum Beispiel vor Preis-, Wechselkurs-, Aktien-

Im letzten Jahr ist die Wirtschaft um 4 Prozent gewachsen. Die Profite der Großkonzerne haben sich in zwei Jahren mehr als verdreifacht. Trotzdem hat der Aufschwung die grundlegenden Probleme des US-Kapitalismus nicht gelöst: Der Ausbehalten hatte 1994 das zweitgrößte Defizit der Geschichte. Die Eintritt übertraf die Ausfuhr um 150 Milliarden Dollar. Ein noch größeres Loch hat der Staatshaushalt. Präsident Clinton plant bis ins nächste Jahrhundert ein jährliches Defizit von etwa 200 Milliarden Dollar. Die republikanische Parlamentsmehrheit will zwar das Defizit abbauen, aber das haben sie seit 15 Jahren versprochen und nie gehalten.

Japan hatte nach dem Zweiten Weltkrieg ein noch größeres „Wirtschaftswunder“ als die BRD und bis 1991 fast ununterbrochen hohe Wachstumsraten. Tatsächlich hatte dieses Wachstum seit Mitte der 80er Jahre keine reale Grundlage mehr: die Bodenpreise und Aktien wurden künstlich in die Höhe getrieben und gaulten ihren Eigentümern hohe Gewinne vor, die sie auch zu Investitio-

Weltwirtschaft

Um die wirtschaftlichen Aussichten für die BRD einschätzen zu können, müssen wir auch die anderen kapitalistischen Länder berücksichtigen. Die wichtigsten sind die USA und Japan. In den USA gibt es schon mehrere Jahre Wirtschaftsaufschwung.

nationalen Finanzströme dient der Finanzierung des realen Warenhandels. Der weitaus größere Teil sind spekulative Gelder, immer auf kurzfristigen Gewinn, wie sie sich aus Währungsschwankungen und Zinsdifferenzen ergeben. Ein ähnliches Abheben der Finanzsphäre von realwirtschaftlichen Vorgängen weisen die Aktien- und Immobilienmärkte auf, die in den 80er Jahren nie gesehene Höhenflüge erlebten.

schwankungen. Sie sind aber auch geeignet, kurzfristige Gewinne aus den Schwankungen an den Finanzmärkten herauszuholen. Unter letzterem Aspekt nahm der internationale Derivate-Markt in den letzten Jahren enorme Ausmaße an.

„Seit Eröffnung der Deutschen Terminbörsen DTB 1990 haben die Kreditinstitute das Volumen der derivativen Geschäfte auf rund 8300 Milliarden Mark gärt verbreitert.“ zitiert der SPIEGEL (10/95) die Bundesbank. Da Derivategeschäfte oft kreditfinanziert sind, sich zum größten Teil im unbeaufsichtigten außerbörslichen Handel sowie bei den Banken im außerbilanziellen Geschäft abspielen, kennt man hier genau die Geldsummen, die am Derivatehandel hängen. Die Bank für internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Genf schätzte das Volumen von offenstehenden Derivateverträgen Ende 1993 weltweit auf 16 313 Milliarden Dollar. Banken, Unternehmen und staatliche Stellen beteiligen sich an diesem russischen Kollaterale. Spektakuläre Absatze erlebte nicht nur die britische Barings-Bank, sondern auch die deutsche Metallgesellschaft oder der Regierungsbezirk Orange County in Kalifornien, der in Konkurs ging.

Krise der Produktionsweise

Ursache für die enorme Aufblähung der Finanzmärkte sind die mangelnden Verwertbarkeit des Kapitals in der Produktion. Durch steigende Produktivität werden immer mehr Menschen im Produktionsprozess „überflüssig“. Profite sind aber nicht aus Maschinen und Computern zu erzielen, sondern nur aus der Aneignung unbezahlter Arbeit, dem Mehrwert. Sie können jedoch nur realisiert werden, wenn es genügend kaufkräftige Nachfrage auf den Märkten gibt. Von beiden Seiten her gibt es seit Ende des Nachkriegsaufschwungs Mitte der 70er Jahre einen zunehmenden Druck auf die Profitabilität von in der Produktion eingesetztem Kapital. Sinn der kapitalistischen Produktion ist aber nicht die Befriedigung von Bedürfnissen und die Erweiterung der allgemeinen Lebensqualität, sondern die möglichst profitable Selbsterwertung des Kapitals. Wenn dies durch Investitionen in der Produktion nur noch unzureichend gegeben ist, sucht das Kapital andere Anlagemöglichkeiten. Dies

ist die eigentliche Ursache für die drastische Ausweitung und relative Verselbständigung von Finanzanlagen, Kreditvolumen und spekulativen Geldmengen seit Mitte der 70er Jahre.

Kommt der große Krach?

Das instabile internationale Finanzsystem bildet einen Sprengsatz in der Weltwirtschaft, der im Prinzip jederzeit hochgehen kann. Wenn größere Finanzinstiute als Bargins in Schwierigkeiten geraten, können sie Kettenreaktionen auslösen, die Unternehmen, ganze Devisen- und Aktienmärkte mit hinabreißen.

Die mexikanische Krise mit dem Verfall der Währung und des nationalen Aktienmarktes um 40 Prozent in nur zwei Monaten hat Schockwellen durch die internationale Finanzwelt gesandt. Um einen Domino-Effekt zu verhindern, schnitten die Clinton-Administration, Banken und der Internationale Währungsfonds IWF in Wimbledon ein Hilfspaket von 50 Milliarden Dollar – mehr als ganz Osteuropa in den letzten fünf Jahren von dieser Seite erhalten hat und die gleiche Unterstützung für ein einzelnes Land seit Bestehen des IWF.

Der GAU, der größte anzunehmende Unfall, ist durchaus möglich“, meint der Präsident des Deutschen Sparkassenverbandes, Köhler.

Ob er sich tatsächlich als GAU oder eher als Serie von „Mint-Krächen“ darstellt, ist schwer zu sagen. Mit großer Wahrscheinlichkeit werden jedoch die Finanzmärkte in weitere Turbulenzen geraten, begleitet von Kapitalvermichtung und -entwertung. Eine internationale Finanzkrise würde den realwirtschaftlichen Aufschwung schwächen oder abwürgen, den Einbruch der nächsten Rezession beschleunigen und könnte gar eine Depression ähnlich wie in der 30er Jahren auslösen.

Schon heute leben hunderte von Millionen Menschen in absoluter Verelendung. 50 Millionen Arbeitslose in den reichen OECD-Ländern sind Indiz für die strukturelle Krise des Profitsystems selbst in seinen „Hochburgen“.

Solange die Profilogik der Marktwirtschaft herrscht, werden im Gefolge depressiver wirtschaftlicher Entwicklungen soziale, ökologische und politische Verwahrlosung zunehmen. Sozialismus oder Barbarei – diese Alternative stellt sich heute in globalem Maßstab.

Zaire/Kongo

Kampf gegen die Mobutu-Diktatur

In Zaire herrscht seit 30 Jahren Mobutu Sese Seko als Diktator über ein Land, das zunehmend verfällt. Die Wirtschaft des an Rohstoffen reichen Landes liegt am Boden, immer mehr Menschen sind ohne Arbeit und ohne eine Perspektive für ihr Leben.

Martin, Kassel

Nachdem die immer stärker werdende Unabhängigkeitsbewegung Zaires die belgische Kolonialmacht 1960 dazu zwang, ihre Kolonie in die Unabhängigkeit zu entlassen, versuchten die dort tätigen westlichen Bergbau-Konzerne eine ihnen genehme Regierung zu installieren. Zaire war eines der Hauptförderländer von Industriediamanten und Kupfer, Rohstoffen, die von den westlichen Industriestaaten benötigt wurden. Zunächst versuchten sie das Land zu spalten, indem sie eine Armee-Meuterei unter Mobutu und die Loslösung der Kupfer-Provinz Katanga förderten. Mit direkter militärischer Hilfe verschiedener NATO-Staaten und Südafrikas sowie

durch angemietete Soldatenthron wurde das Land in einen blutigen Konflikt gestürzt, in dem Tausende für die Profitinteressen einiger Konzerne sterben mußten und ganze Landstriche verwüstet wurden. Im Verlauf wurde der ant imperialistische Premier Lumumba mit Hilfe der CIA ermordet.

Katanga wurde schließlich nicht abgespalten, da es den Konzernen gelang, im ganzen Land eine willfährige Regierung einzusetzen.

Seit 1965 ist Mobutu uneingeschränkter Herrscher des Landes und hat es durch Korruption, Bestechung und Verunreinigung zu einem der fünf reichsten Staatsoberhäupter gebracht, während es in weiten Teilen des Landes weder Schulen noch Strom oder eine getregelte Wasserversorgung gibt.

Französischer Imperialismus

Gestützt auf Militär, Polizei und Geheimdienst sowie durch die Unterstützung seiner Freun-

de in westlichen Regierungen war es ihm möglich, die immer wieder aufkeimende Opposition zu verfolgen und zu unterdrücken.

Als der Ostblock 1989 zusammenbrach, sah es mit Mobuturs Zukunftsaussichten nicht mehr so rosig aus. Als Bollwerk gegen antikapitalistische Bestrebungen wurde sein Regime erstmals nicht gebraucht und die anhaltenden Menschenrechtsverletzungen machten ihn zum naheliegenderen Gegner. Die Wirtschaftshilfe wurde gekürzt und Mobutu war scheinbar international isoliert.

Als Reaktion darauf verkündete er 1990 die Einleitung der Demokratisierung. Doch es wurden nur gemäßigte bürgerliche Oppositionelle in der Hauptstadt Kinshasa zugelassen, die von der linken Opposition „Mobuunisten ohne Mobutu“ genannt werden. An der Herrschaft der Geheimpolizei, an Forderungen und Verschwindenlassen an Oppositionellen änderte dies nichts.

Durch den Völkermord im Nachbarland Ruanda gelang es Mobutu auch den letzten Rest der Isolation zu überwinden, indem er sich als Helfer der Flüchtlinge profilierte und sein Land als Aufmarschplatz für den Einsatz französischer Truppen in Ruanda zur Verfügung stellte.

Mit der gestiegenen Konkurrenz zwischen den westlichen Ländern spielt das Mobutu-Regime wieder eine wichtige Rolle und strategische Dreh- und Angelpunkt des französischen Imperialismus in Afrika, als Gegengewicht vor allem gegen die USA.

Unabhängig davon, ob sich Mobutu noch länger an der Macht halten kann oder ob er von einer anderen kapitalistisch orientierten Regierung abgelöst wird, wird sich die Situation für die Bevölkerung nur dann ändern, wenn sie sich organisiert und für ihre Rechte kämpft.

Sozialistische Opposition

1983 wurde die Bewegung der Arbeiter und Bauern (MOP – Mouvement Ouvrier et Paysan) gegründet. Ihre Wurzeln liegen im von Lumumba geführten Kampf gegen den Kolonialismus. Nach dessen Ermordung entstanden verschiedene politische Strömungen, so die sozial-



Mobutu: In 30 Jahren Diktatur das Land an den Abgrund gebracht

den rechten Rabbi Levinger wehrt und wurde von der berechtigten israelischen Geheimpolizei Shabak gefoltert. Die Folterer zwingen ihn ein Geständnis abzugeben. Taten waren so ungläublich, daß sie selbst von der Staatsanwaltschaft ignoriert wurden, z. B. die „Verschwörung, um die Yarkon-Brücke zu sprengen“. Aber des Rest des „Geständnisses“ wurde zur Grundlage der Anklage. Das Verfahren war eine Farce. Die Richter „übersahen“ die Widersprüche und die Absurdität der Vorwürfe. Mahmoud wurde zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt. Das gleiche Gericht verurteilte

Widerstand ungebrochen

Mahmoud ging in die Berufung und erreichte vor einer höheren Instanz die Reduzierung seiner Strafe auf sieben Jahre. Im Gefängnis setzte er seine politische Aktivität fort und setzte sich für seine Rechte und die seiner Mitgefangenen ein. Nach vier Jahren kam er jedoch in ein anderes Gefängnis, wo er 22 Stunden am Tag isoliert war. Er wurde von anderen politischen Gefangenen ferngehalten, den

einzigsten menschlichen Kontakt gab es mit einer Gruppe eingewandeter jüdischer Rassistin, die weder Hebräisch noch Arabisch sprachen. Bei Verhören durch den Geheimdienst wurde ihm gesagt, daß seine Frau Affären mit anderen Männern hätte, um seinen Widerstandgeist zu zerstören.

Mahmoud verschwendete jedoch keine Zeit, um über seine Situation zu klagen. Bei den kurzen Besuchen – eine halbe Stunde alle zwei Wochen – wollte er wissen, was in der Welt passiert. Er wollte mehr über die Arbeit der Marxisten in Israel und Palästina und der ganzen Welt wissen.

demokratisch orientierte MING-L (Movement National Congolaise – Lumumba) und UPPDS (Union für demokratischen und sozialen Fortschritt) und die Vorläufer der MOP, die sich auf marxistische, stalinistische Ideen vom Guerilla-Krieg stützten.

Arbeiterklasse

Mit dem Zusammenbruch des stalinistischen Ostblocks hat in der MOP ein Umdenkungsprozess stattgefunden. Mitglieder haben sich marxistischen Positionen zugewandt. Heute verfügt MOP zwar über Guerillakämpfer in verschiedenen Teilen Zaires und hält militärische Offensiven für möglich, doch die Partei meint, daß sich sozialistische Revolutionäre in erster Linie auf die städtische Arbeiterschaft stützen müssen und will daher die militärischen Operationen dem Massenkampf unterordnen. 1987 wurde mit dem Aufbau einer illegalen Gewerkschaft begonnen, die heute 25 000 Mitglieder hat.

Die MOP teilt die marxistische Auffassung, daß keine Fraktion der zairischen Bourgeoisie eine fortschrittliche Rolle spielen kann, daß das Land auf kapitalistischer Grundlage nicht auskolonialer Abhängigkeit geführt werden kann. Für sie steht daher eine sozialistische Revolution unter Führung der Arbeiterklasse auf der Tagesordnung.

Die MOP weiß um die Möglichkeit imperialistischen Eingreifens im Falle einer Revolution und um die Möglichkeit des Westens, das rückständige Land total zu isolieren und auszunutzen. Daher hält sie die internationale Solidarität für zentral und sieht die Revolution in Zaire als Teil eines internationalen Prozesses.

Daher diskutieren das Komitee für eine Arbeiterinternationale und die MOP über eine Zusammenarbeit. Die Hinwendung einer maoistisch-guerillistischen Organisation zu marxistischen Ideen ist ein wichtiger Prozeß, für den es zur Zeit in verschiedenen Ländern, z. B. auf den Philippinen, Ansatzpunkte gibt.

Ausgestartet mit dem richtigen Programm kann die MOP es schaffen, große Teile der zairischen Arbeiter und Bauern gegen das grausame Mobutu-Regime zu führen und diesen letztendlich zu stützen.

Komitee für eine Arbeiterinternationale

Nach sieben Jahren in israelischen Gefängnisse wird der palästinensische Sozialist Mahmoud Masarwa am 4. April entlassen. Er wurde zu Unrecht wegen Spionage, Brandstiftung und illegalen Waffenbesitz verurteilt. Sein wahres Verbrechen in den Augen des israelischen Staates war seine sozialistische Überzeugung und sein lebenslanger Kampf für die Rechte und die Einheit der Arbeiter.

Mahmoud wurde am 18. Juli 1988 festgenommen, am Vorabend seiner Abfahrt zu einer internationalen sozialistischen

Trotz seiner Isolation hat Mahmoud seine sozialistischen, internationalistischen Ideen und seine Überzeugung bewahrt, daß eine Einheit zwischen palästinensischen und jüdischen Arbeitern aufgebaut werden muß.

Wir haben eine hervorragende Kampagne für Mahmouds Freilassung organisiert. Vor israelischen Botschaften oder Reisebüros in 17 Ländern wurde Proteste organisiert. Über zehnmahl führen Delegationen nach Israel, um Mahmoud zu besuchen. Dabei waren die britischen marxistischen Parlamentsabgeordneten Terry Fields und Dave Nelson und Paddy Hill von den Birmingham Six (zu Unrecht

wegen eines Bombenanschlages verurteilte Iren). Über 60 000 DM wurden in der Arbeiterbewegung gesammelt, um die Kampagne zu finanzieren. Andere palästinensische Gefangene, die von der PLO-Führung längst vergessen in Israels Krassen sitzenbewanderten die Solidaritätskampagne. Sie hat gezeigt, was Internationalismus in der Praxis heißt.

Herzlich willkommen in der Freiheit, Genosse Mahmoud Masarwa!

Simon, Komitee für eine Arbeiterinternationale, London

Bundskonferenz von JRE

„Nazis schlagen, Rassismus bekämpfen, der Jugend eine Zukunft!“



JRE demonstriert in Köln gegen die Deutsche Liga: Eine von vielen Aktionen, bei denen überregional zusammengearbeitet wurde.

Die dritte Bundeskonferenz von Jugend gegen Rassismus in Europa fand am 18. und 19. März in Köln statt. 200 Jugendliche von 33 JRE-Gruppen aus 25 Orten trafen sich um die Arbeit im letzten Jahr zu bilanzieren und politische Perspektiven für den Kampf gegen Nazis und Rassisten zu diskutieren.

Kim Opgenoorth, Mitglied im JRE-Bundessprecherrat, Köln

Zu Beginn der Konferenz wurde spontan entschieden, sich an einer bundesweiten Demo gegen die Massaker an Kurden und Alewiten zu beteiligen. JRE bil-

dete wie immer einen lautstar- ken Block.

Nazis schwächer, aber nicht am Ende

Danach begann die eigentliche Konferenz. Zuerst wurden die Perspektiven von Nazis und Rassisten diskutiert. Generell ist ein Rückgang der Aktivitäten der Neonaziszene zu verzeichnen. JRE muß aber weiterhin eine schlagkräftige Organisation bleiben, um den Nazis auf der Straße entgegenzutreten zu können. Hinzu kommt, daß der staatliche Rassismus drastisch zunimmt und JRE auch verstärkt die wirklichen sozialen Probleme aufgreifen muß.

Das „Ausländerleistungsgesetz“

Der Gesundheitsminister rät: Der Aufenthalt für Flüchtlinge in Deutschland schadet der Gesundheit

Neuerdings ist Gesundheitsminister Seehofer auch für die Sozialhilfe zuständig. Nach gelungener Schröpfung der ArbeitnehmerInnen durch die Pflegeversicherung will er jetzt Sozialhilfepfänger ausspressen. Besonders brutal soll es AusländerInnen und



Mit Sozialhilfe geht es ihm noch viel zu gut, meint Seehofer

Flüchtlinge treffen.

Wer sich länger als ein Jahr in Deutschland aufhält, Bürgerkriegsflüchtling, geduldeter Ausländer oder Asylbewerber ist, muß eine Kürzung der Sozialhilfe um mehr als ein Viertel hinnehmen. Schlechtes kommt selten allein: diese Hungerhilfe soll nur noch in Form von Sachleistungen gewährt werden. Lebensmittelpakete sind oft selten portioniert. Mal ganz viele Eier und Zwiebeln aber nicht getrocknete Fleischrationen müssen mangels Tielkühltruhe sofort verzehrt werden. Die soziale Ausgrenzung durch die Sachleistung wirkt als doppelte Bestrafung für das Schicksal, aus der Heimat fliehen zu müssen.

Falls man wegen der schlechten, manchmal überlagerten Dosen- und Plastikkränkung krank wird: Pech gehabt. Nur noch „akute“ Erkrankungen und Schmerzzustände sollen behandelt werden. Ähnliches wird bei Asylbewerbern bereits angewendet: Magengeschwüre und Nierensteine werden mit Schmerzmitteln behandelt. Diabetes wird lebensgefährlich. Körperlich, seelisch, oder gei-

pen über konkrete Fragen diskutiert werden.

In einem Arbeitskreis wurde lebhaft über das Programm von JRE diskutiert. Es gab grundlegende Meinungsverschiedenheiten zwischen autonomen JRE-Mitgliedern und SAVlern über die Rolle der Arbeiterbewegung im antifaschistischen Kampf. Die Autonomen vor allem aus Lindau wollten das JRE-Programm auf „eine“ antifaschistische Position beschränken und die Forderungen, daß die Gewerkschaften gegen Nazis und Rassismus und deren soziale Ursachen vorgehen müssen, streichen.

Bei den Abstimmungen am Sonntagmorgen wurde klar, daß eine deutliche Mehrheit der Delegierten dagegen war, die Gewerkschaften und linken Parteien aus ihrer Verantwortung zu entlassen. Es gab große Übereinstimmung, daß JRE nicht „nur“ gegen Nazis auftreten kann, sondern die sozialen Interessen von Jugendlichen vertreten muß. Ein Antrag aus Kassel, der das JRE-Programm um Punkte gegen Kürzungssystem ergänzte, wurde angenommen. In der darauffolgenden Diskussion am Sonntag über Bilanz und Planung zeigte sich, daß JRE sich im letzten Jahr stabilisieren konnte und auch für nächstes Jahr Aufbruchchancen sieht. Die Gruppen Lindau, Karlsruhe und Nürnberg traten allerdings während der Konferenz aus. Sie hatten unter anderem ihre eher autonomen Programmvorstellungen nicht durchsetzen können und sind auch mit Methoden der JRE-Arbeit nicht einverstanden.

Programmdiskussion

In den verschiedenen Arbeitskreisen am Samstagabend konnte nochmal in kleineren Grup-

stig behinderte Bürgerkriegsflüchtlinge müssen nachweisen, daß die Behinderung vom Krieg herrührt um behandelt zu werden. Flüchtlinge sollen erkenntnisdienlich erfährt werden.

1,3 Milliarden DM sollen gespart werden, rund 600 000 Menschen wären offiziell davon betroffen, andere Schätzungen reichen bis zu einer Million. Zusätzlich zu den Kürzungen soll die Sozi nur noch parallel zu den Notlöhnen erhöht werden. Bei der Preissteigerung hieß es tatsächlich ein Senkung! Das geplante Gesetz ist nicht nur Auspressen der Ärmsten sondern fördert auch die rassistische Spaltung in Deutschland. Seehofer begründet seinen Vorstoß damit, daß ein Drittel der Sozialhilfepfänger skandalöserweise Ausländer ist. Auch Ausländer, die schon lange hier wohnen sind betroffen, denn wer wird zuerst entlassen? Wer bekommt die Drecksjobs auf 580 DM-Basis, wer erhält keine Arbeitsverläubnis? Sie noch ärmer zu machen, vergrößert den Skandal bloß. Wir sagen: Arbeit und angemessenen Lohn für alle!

Ceert Möbius, Köln

Durch die gesamte Konferenz zog sich der rote Faden, daß JRE die rassistischen Argumente von Nazis und Herrschenden widerlegen muß. Gleichzeitig müssen wir aber auch für bessere Bedingungen für Jugendliche kämpfen, um den Nährboden für Rassismus und Faschismus zu entziehen.

Drei Demos in Berlin

Als Höhepunkte der Antinazi-Kampagne in Berlin (siehe S. 3) finden in den Stadtteilen Demonstrationen statt. JRE will keinen Stellvertreter-Antifaschismus betreiben, sondern die Kiezbewohner mobilisieren.

Treptow/Köpenick: Demo gegen Rassismus und Sozialabbau, 8. April, 15 Uhr, S-Bahnhof Schöneweide

Marzahn: Demo gegen die Nazis in Marzahn und im Jugendclub „Geissenweide“ (Ort und Zeit in Planung)

Prenzlberg/Pankow: Demo gegen den Fascho-Plattenladen „Ha-ra-Kiri“ und die Nazikader aus der Crellstraße, Samstag, 22. April, 14 Uhr, Ernst-Thälmann-Park (Greifswalder Str.)

Infoveranstaltung:

JRE Pankow Mittwoch, 12. April, 18 Uhr, in der Schaubude Greifswalder Str.

Infos über Telefon: JRE Berlin: donnerstags, 18-21 Uhr, Tel. 4 64 36 14 JRE Teplow/Köpenick: dienstags, 18-19 Uhr, Tel. 6 52 04 83 JRE Pankow/

Prenzlberg: dienstags, 18-19 Uhr, Tel. 4 82 83 85 Spendenkonto: JRE, Kto. 143 669 16, Berliner Sparkasse, BLZ 100 500 00

Mörder frei, Wehrmacht sauber

Der Bundgerichtshof (BGH) entschied Anfang März, daß der vom Wehrmachtsleutnant Wolfgang Lehnigk-Emden angeführte Mord an 22 Zivilisten im italienischen Catazzo verjährt ist – weil „eine derartige Ausbreitung ... im Falle ihres Bekanntwerdens ... kriegsgesichtlich verfolgt worden (wäre).“

Die Annahme, das Verbrechen wäre von der Gerichtsbarkeit der Wehrmacht verfolgt worden, führt über juristische Spitzfindigkeiten zur Verjährung. Die Verjährungsfrist beginnt damit zum Zeitpunkt des Verbrechens und nicht am 1. Januar 1950 wie die Frist für offizielle Nazi-Verbrechen.

Panzergrenadiere, angeführt von Leutnant Lehnigk-Emden, massakrierten die Zivilisten im Oktober 1943 in Catazzo bei Neapel, weil sie angeblich versuchten, amerikanischen Truppen Lichtsignale zu geben. Sie warfen Brandgranaten in einen Bauernhof und erschossen die herausstürmenden Menschen. Darunter waren zehn Kinder und alle Frauen. Ein Mädchen wurde

von ihm vergewaltigt und mit Bajonetten verstümmelt. Lehnigk-Emden, der sich im Kriegsgefangenenlager seiner Grausamkeit rühmte, ist einer der vielen Mörder, die sich in der Nachkriegszeit unbeteiligt ein feines Leben und Karriere, in seinem Fall als SPD-Ratsherr, Architekt und Karnevalspräsident, machen konnten und am Schluß ungeschoren davon kommen, obwohl das Verbrechen bekannt wurde.

Kein Ausrutscher

Das ist zwar schlimm, aber nicht der eigentliche Skandal. Der BGH hat sich nicht in den Wirrungen der Justiz verrannt und ein bedauerliches Urteil gefällt, wie Fernseh-Kommentatoren es darstellen wollten.

Die hohen Richter haben ein politisches Urteil gefällt, um die und die Argumentationslinie aufzubauen. Das Catazzo-Urteil behauptet, die Gerichtsbarkeit der Wehrmacht hätte Kriegsverbrechen verfolgt und zieht damit eine Trennlinie zur Nazi-Justiz. Dies soll dazu dienen, die Wehr-

macht von den Nazi-Verbrechen reinzuwaschen. Nach dem Motto: die Wehrmacht war die reguläre Armee des Deutschen Reiches und hat regulär Krieg geführt, was die SS daneben gemacht hat ist bedauerlich, hat aber ursächlich nichts mit der Armee zu tun.

Die Wehrmacht war in die verbrecherische Kriegsführung eingebunden, hat an Massakern an Zivilisten teilgenommen. Hitlers „Barbarossa“-Erlaß zum Überfall auf die Sowjetunion, der befiehlt „ohne Einschränkung auch gegen Frauen und Kinder vorzugehen“ wurde von der Wehrmacht umgesetzt. Von 1000 untersuchten Urteilen der Wehrmachts-Justiz in Italien bestrafte kein einziges Übergriffe auf Zivilisten.

Das macht das BGH-Urteil zu einer verlogenen Farce. Doch es paßt in eine Zeit, in der eine Armee für die Herrschenden wieder wichtiger wird, in der die Legende von der unschuldigen Wehrmacht gebraucht wird, damit „unsere“ Kommenden „Kritikreaktionskräfte“ eine saubere Tradition haben, auf die sie sich beziehen können.

Fortsetzung von Seite 12

... schon ein Kompromiß

Ohne die „unproduktive“ Tätigkeit im öffentlichen Dienst würde auch die „produktive“ Privatwirtschaft nicht laufen, denn die Beschäftigten dort können weder lesen noch schreiben noch würden sie zu den Betrieben transportiert oder „repariert“, wenn sie mal krank sind.

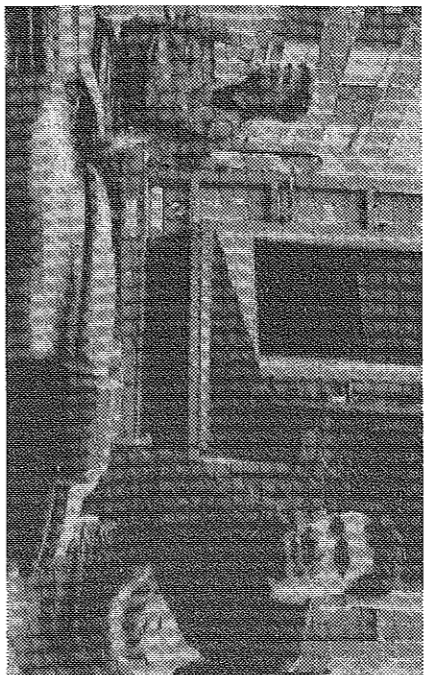
Die öffentlichen Arbeitgeber drohen der ÖTV mit Privatisierung für den Fall eines zu hohen Abschlusses. Aber erstens machen niedrige Löhne Privatisierung erst recht attraktiv. Zweitens können die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes Privatisierungen durch Kampfmaßnahmen verhindern. Dabei könnten sie die Unterstützung der Mehrheit der Bevölkerung bekommen. Denn neben den Beschäftigten sind die Verbraucher Opfer von Privatisierung.

Druck auf SPD

Die SPD hat die Mehrheit in Ländern und Großstädten und ist damit ausschlagernd im Lager der öffentlichen Arbeitgeber. Die SPD hat in den Tarifrunden im öffentlichen Dienst immer

eine Front mit der CDU gegen die ÖTV gebildet. Inzwischen überholen SPD-Regierungen die CDU in ihren Angriffen auf die Staatsbediensteten. So lief der Versuch die Löhne der Busfahrler in Nordrhein-Westfalen um 30 Prozent zu senken unter Führung des Kölner SPD-Oberstadtdirektors Ruschmeier, jetzt auch in der bundesweiten Runde Verhandlungsführer der Kommunisten. Die ÖTV muß Druck auf die SPD ausüben. Besonders in Nordrhein-Westfalen bietet sich wegen der Landtagswahl mitten in der Tarifrunde eine enorm gute Möglichkeit zumal NRW II mit 230 000 Mitgliedern der stärkste ÖTV-Bezirk ist. Die SPD verdankt hier ihre absolute Mehrheit nicht zuletzt den Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die ÖTV darf nicht zulassen, daß die SPD mit Sprüchen über soziale Gerechtigkeit auf Stimmentgang geht und gleichzeitig Lohnraub an ihren Wählern begibt. SPD-Versammlungen und Wahlveranstaltungen müssen genutzt werden, um die Tarifauseinandersetzung in die Partei zu tragen. ■



Mit dem Märchen vom „verwöhnten Staatsdiener“ wollen die Arbeitgeber die schlechte Bezahlung rechtfertigen

1992: Der abgewürgte Streik

1992 demonstrierten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ihre Kampfkraft. Die Arbeitgeber-Provokationen wurden zurückgeschlagen.

Doch die ÖTV-Führung ging auf dem Höhepunkt des Kampfes einen faulen Kompromiß ein. Wie kann solch ein Umfaller in der aktuellen Tarifrunde verhindert werden?

Angelika Teweleit, ÖTV-Mitglied, Kassel

1992 markierte eine Wende. Die Arbeitgeber gingen mit der Forderung nach Reallohnverlust in die Offensive. Finanzminister Wangel forderte Nullrunden für die nächsten 10 Jahre. Auf diese Provokationen gab es eine klare Antwort der Beschäftigten: 11 Tage Streik im öffentlichen Dienst.

Kampfbereitschaft

Ob Krankenschwestern, Stadtreiniger, Busfahrer, Feuerwehrleute – fast überall wurde gestreikt. Auch wenn einige am Anfang noch unerfahren und unsicher waren, so hat dieser Arbeitskampf das Selbstbewußtsein und die Solidarität unter den Kolleginnen enorm gestärkt.

Der Streik hatte enorme Auswirkungen. Allein der Streik von Feuerwehrleuten am Frankfurter Flughafen traf die deutsche Wirtschaft, ein einziger Tag verursachte 40 Millionen DM Verlust. Die Düsseldorfer Behörden mußten diskutieren, ob sie die Altstadt wegen der Müllberge schließen.

Die ÖTVler waren nicht zu „schlapp“ für eine harte Auseinandersetzung, in ihrer Kampfbereitschaft waren viele der Führungsvoraus und beschwerten sich, daß sie noch nicht zum Streik herausgerufen wurden. Vertrauensleute waren sauer über die demotivierende Taktik des Vorstandes: Gerade hatten sie die Belegschaft zum Streik herausgeholt, da sollten sie am

nächsten Tag wieder arbeiten.

Netz verfährt nicht

Zunächst hatten viele Kolleginnen Angst, daß die Bevölkerung nicht auf ihrer Seite sein würde, weil die Propaganda der Arbeitgeber gezogen habe und sie als diejenigen gesehen würden, die „unsolidarisch“ seien. Außerdem dachten viele, die Bevölkerung hätte Vorurteile wie vom „faulen Beamten“ geschluckt. Einige Medien versuchten, ihre Propaganda-Rolle für die Herrschenden zu spielen. BILD verbreitete Schreckensmärchen. „Wieder zwei Tore durch Streik“, im Fernsehen sah man Bilder von riesigen Müllbergen und Interviews mit verärgerten Bürgern. Doch die Mehrheit erklärte sich laut Meinungsfragen solidarisch mit dem Streik.

Den Kolleginnen aus der Privatindustrie war klar, daß der Arbeitgeber-Angriff gegen alle Beschäftigten gerichtet war. Das wurde deutlich, als die Metallarbeiter der IGM ein ebenso niedriges Angebot (3,3 Prozent) machten. Nachdem der 5,4-Prozent-Schlichterspruch von den öffentlichen Arbeitgebern nicht akzeptiert wurde, ging die ÖTV mit ihrer ursprünglichen 9-Prozent-Forderung in den Streik. Für die Kolleginnen, die mit 86,96 Prozent für den Streik gestimmt hatten, war klar, daß man sich jetzt nicht mehr mit 5,4 Prozent zufriedengeben würde.

Kurs der Führung

Mehrfach erklärte die ÖTV-Chefin Wulf-Mathies, daß Schlichterspruch sei unakzeptabel. Sie sagte, es sei genügend Geld da, dies sei nur in den falschen Hände und tief dazu auf, nicht auf die Arbeitgeber-Propaganda hereinzufallen.

Doch die ÖTV-Führung nutzte die Kampfkraft nicht. Der Streik wurde nur langsam ausgedehnt. Die ÖTV hatte alle Voraussetzungen für einen Sieg auf ihrer

Seite. Mit einem entschlossenen Vollstreik – die Bereitschaft dazu war bis zum Ende vorhanden – wäre es möglich gewesen, die Arbeitgeber innerhalb von 2-3 Tagen in die Knie zu zwingen.

Es gab die Möglichkeit der Ausweitung des Kampfes und ein Zusammengehen mit IGM und IG Medien, die gerade mit den ersten Warnstreiks begannen. Umso überraschender war die plötzliche Einigung auf 5,4 Prozent. Warum ein Kompromiß, wenn die Streikfront ungebrochen steht? Die Mehrheit der Basis (55,9 Prozent, in großen Städten teilweise 70 Prozent) lehnte das Ergebnis in der Urabstimmung ab.

Die korrekte Schlussfolgerung einer von den Mitgliedern zurückgegriffenen Führung wäre gewesen: Die Basis hat demokratisch entschieden, also muß weitergekämpft werden. Startdessen reagierte sie arrogant. Wulf-Mathies sagte, man müsse der Basis das Ergebnis wohl besser erklären. Dabei hatte sie über Nacht „Gedächtnischwund“ und dem Schlichterspruch zugestimmt, den sie kurz zuvor als unakzeptabel bezeichnete.

Ihre Sprüche, daß genug Geld in den falschen Händen sei, „vergaß“ sie auch. Auf dem Gewerkschaftstag erklärte sie, man müsse die leeren öffentlichen Haushalte mehr berücksichtigen.

Aktive ÖTVler vernetzen

Auch 1995 haben die Beschäftigten im öffentlichen Dienst die Kraft, einen Streik zu führen. Doch noch immer stellt sich die Aufgabe, eine Führung aufzubauen, die den Kampf auszubauen führt. Die abgegebene soziale Stellung der Gewerkschaftsführer ist die Grundlage deren abgelebener Kompromißpolitik. Die Gehälter der Spitzenfunktionäre liegen näher an Manager-Gehältern als am Einkommen der Basis. Deshalb kämpfen wir für einen demokratischen Facharbeiterlohn für Funktionäre. Aber die hohen

- ★ Volle Durchsetzung der aufgestellten Forderungen
- ★ 500 Mark mehr im Monat für alle als soziale Komponente
- ★ Ablehnung aller von den Arbeitgebern geforderten Verschlechterungen
- ★ Keine Lohnabstriche bei neu Einstellenden
- ★ Keine Arbeitszeitkorridore in die Tarifverträge
- ★ Kein Lohnverzicht bei Arbeitszeiterkürzung
- ★ Keine Privatisierung
- ★ Voller Einsatz der gewerkschaftlichen Kampfkraft bis hin zu bundesweitem Vollstreik
- ★ Demokratische Diskussion und Entscheidung über alle Kampfschritte

Gehälter sind nicht das einzige Problem. Die Gewerkschaftsführungen akzeptieren die kapitalistischen „Sachzwänge“. Inzwischen sorgen sich die ÖTV-Führer fast genauso um leere öffentliche Kassen und die Konkurrenzfähigkeit von Betrieben wie die Arbeitgeber. Auch sie reden davon, daß Kostensparungen zum Beispiel bei den Bus- und Bahnunternehmen nötig sind, um gegenüber den Pri-



Viele Gewerkschafter waren von der Kampfkraft der eigenen Organisation positiv überrascht

valen Konkurrenzfähig zu bleiben.

Wer keine grundsätzliche Alternative zum kapitalistischen System hat, wird in Zeiten, wo der Konkurrenzdruck immer größer wird, immer mehr Zusagebindnisse auf Kosten der Arbeitnehmer machen. Um einen wirkungsvollen Kampf gegen die immer schärferen Angriffe des Kapitals zu führen, müssen sozialistische Positionen in den Gewerkschaften verankert werden.

Wir brauchen eine andere Führung, sonst wird Wangel seine Forderung nach 10 Jahren Null-



Provokationen

zurückgeschlagen

Daß die Unternehmer jede Rezession benutzen, um den Lebensstandard zu drücken, weiß jeder. Daß sie in Zeiten ausgelasteten Kapazitäten und Gewinnexplosionen die Löhne weiter drücken wollen, ist neu.

Urseil-Beck, IGM-Mitglied, Köln

Dieser Vorstoß hat gezeigt, daß uns die Marktwirtschaft nicht einmal mehr im Aufschwung viel zu bieten hat. Angeführt von der IGM wurden die Unternehmer in ihre Schranken verwiesen. Trotz – oder gerade wegen des gefährdeten I16 AFG – hatten die Unternehmer Angst auszuspernen und den Konflikt auf die Spitze zu treiben. Sie wußten, daß sie dadurch noch mehr verlieren würden.

Doch materiell geht die 95er Verteilungsrunde wieder an die Unternehmer. Ihre Gewinne explodieren weiter. Für die Masse der abhängigen Beschäftigten gibt es keine Reallohnhebung.

Die Verantwortung dafür trägt die Gewerkschaftsführung. Sie hat den Einsatz der vollen Kampfkraft und damit die Durchsetzung der 6 Prozent verhindert. Ein bundesweiter Vollstreik hätte die Bosse gerade jetzt im Auschwung schnell zum Nachgeben gezwungen.

Durch gemeinsamen Kampf aller in Tarifeinwanderung stehender Gewerkschaften hätte Unternehmen und Kohl-Regierung eine wichtige Niederlage beibracht werden können. Auch die HBV wäre so in der Bankentarifrunde gestärkt worden und hätte die von der DAG durchgesetzte Öffnungsklausel für Samstagsarbeit und 45-Stunden-Woche verhindert können. Eine weitere Flexibilisierung zugunsten der Unternehmer wurde bei Metall in diesem Jahr verhindert. Diese Frage wurde aber nur vertagt. Nach dem IGM-Kongreß wird der Beschäftigungssicherungsvertrag verhandelt. Es besteht die Gefahr, daß die IGM-Führung weitere Flexibilisierungsgegenstände mit La VW-Modell vereinbart. IGM-Vize Rlesler hat bereits bei den diesjährigen Tarifverhandlungen den Metallbossen eigenmächtig ein neues flexibilisiertes Arbeitszeitmodell angeboten.

In der IGM müssen jetzt die Weichen dafür gestellt werden, daß auf dem Kongreß eindeutige Mehrheiten dagegen zustande kommen. Den Plänen des Vorstands muß ein Programm von Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich und eine Kampfstrategie zur Durchsetzung entgegengesetzt werden. Daß das möglich ist, haben die Metalller schon 1977 bewiesen, als sie gegen den Vorstand die 35-Stunden-Woche bei vollen Lohnausgleich durchgesetzt haben.

Aber die Erfahrung mit dem Kampf um die 35-Stunden-Woche hat gezeigt, daß es nicht ausreicht, Mehrheiten zu erkämpfen. Es muß eine Führung aufgebaut werden, die willens ist, beschlossene Forderungen konsequent durchzusetzen, die nicht ausgestattet mit Privilegien und bezahlt wie mittlere Manager völlig abgehoben ist, von der Mitgliedschaft. ■

VORAN

Gegenwehr, Solidarität, Sozialismus

Nr. 169 April 1995

1,- DM Solidaritätspreis 3,- DM

Kurdistan: Deutsche Waffen morden mit

Die Zeitung gegen Kohl und Kapital



VORAN, Hansaring 4, 50670 Köln
Gebühr bezahlt Postamt Köln 1, Postvertriebsstück G10321 E

Abschiebungen

STOPPEN!

Eine Rechenaufgabe: Die türkische Armee besitzt 310 Schützenpanzer vom Typ BTR 60, 10 aus Rußland, 300 aus Deutschland. Die aus der Ex-DDR stammenden deutschen Panzer haben nur dort verwendete Eisenbahn-Verladekelle. Solche Fahrzeuge werden beim Einsatz im Nordtrakt verwendet. Wie hoch ist die Wahrscheinlichkeit, daß sie von Deutschland geliefert wurden?

Claus Ludwig, Köln

Gleich null, sagt Kinkel, über den Einsatz deutscher Waffen lägen „keine Erkenntnisse“ vor. Aber der ist nicht so blind wie er tut. Die Türkei führt den Krieg gegen die Kurden mit deutschen Waffen, die sie reichlich erhalten hat. Die Bundesregierung weiß das schon lange und muß es jetzt wohl auch zugeben.

Der Einmarsch in Irakisch-Kurdistan ist der größte Feldzug seit Bestehen der Türkei. 35 000 Soldaten und die Luftwaffe sind in den Nordtrakt eingedrungen, in ein Gebiet, das seit dem Golfkrieg unter UN-Hoheit steht und angeblich eine Schutzzone für Kurden ist.

Kinkel erkannte in dem Einmarsch sogleich „berechtigten Sicherheitsinteressen“ der Türkei und forderte sie lediglich auf, „die Menschenrechte zu beachten“ und die „Verhältnismäßigkeit der Mittel zu wahren“. Hatte Kinkel auch Saddam Hussein aufgefodert, er möge bei der Invasion Kuwaits doch bitte die Menschenrechte einhalten?

Die UNO richtet Flüchtlingslager für tausende Zivilisten ein, die vor der türkischen Armee geflohen sind. UN-Sprecher im Irak beschuldigen die türkische Armee der Behinderung humanitärer Hilfe.

Die Generale reden von der „Entlösung der Kundenfrage“.



wollen den Vernichtungskrieg gegen die Kurden intensivieren. 2000 kurdische Dörfer sind zerstört, Millionen Menschen auf der Flucht. Doch je brutaler der Krieg geführt wird, desto mehr Kurdmännern wehren sich.

Kanthers Heimatfront

Innenminister Kanther setzt in der Bundesrepublik den Krieg gegen die Kurden fort. Kurdische Organisationen werden verboten, Demonstrationen von der Polizei aufgemischt.

Seit der Aufhebung des Abschiebestops am 15. März werden Kurden aus Bayern und Baden-Württemberg in die Hände der Folterer abgeschoben. Die SPD-regierten Ländern ziehen bis spätestens zum 12. Juni nach. Der NRW-Innenminister Schnoor will vorher abschließen, wenn Menschenrechtsvereine eine Betreuung der „Schublinge“ (Brokratenjargon) erlaubt wird. Doch das sind Behringungssplitten!

handeln, wie man noch nicht einmal Tiere behandeln dürfte.“ (Bild am Sonntag, 25. 3. 95) Das hinderte ihn allerdings nicht daran, der Aufhebung des Abschiebestops für Kurden im Kabinett zuzustimmen.

Es muß ein sofortiger unbefristeter Abschiebestop in die Türkei beschlossen werden. Länder und Kommunen müssen Kanthers Weisungen ignorieren!

Täglich berichten die Medien über die „Brandanschläge der PKK“, über die Angst türkischer Ladenbesitzer. Bisher wurde nie

... alles drunter ist Beschäft. 6 Prozent mehr Lohn, soziale Komponente, für Azubis 100 Mark mehr und 6-monatige Übernahmegarantie, Einführung der Alters- und Hintertgebliebenerversorgung in Ostdeutschland, Laufzeit von 12 Monaten. Das ist das Forderungspaket der ÖTV für 1995.

Ursel Beck, IGM-Mitglied, Köln

Die Große Tarifkommission übergeht damit die in vielen Betrieben und auf Vertrauensleute- und Funktionsärtskonferenzen aufgestellten Forderungsentwürfen zwischen 250 und 400 Mark. Es gibt nicht einmal eine Zahl für die „soziale Komponente“. Die Forderung wurde nach dem Motto aufgestellt „Ihr könnt diskutieren was ihr wollt, beschließen tun wir!“

Damit übergeht die Führung auch den Beschluß des letzten ÖTV-Kongresses, staatliche Umverteilung über Löhnerhöhungen zurückzuholen. Bei einem ledigen Durchschnittsverdiener im öffentlichen Dienst reichen 6 Prozent nicht aus, um Inflationrate, erhöhte Steuern, Abgaben und gestrichlenen Fei-

Wir fordern

- ★ Stopp Abschiebungen, Bleiberecht für alle
- ★ Türkische Armee raus aus Kurdistan
- ★ Aufhebung des Verbots der PKK und anderer kurdischer Organisationen
- ★ Gleiche Rechte für alle
- ★ Arbeit, Ausbildung und Wohnung für alle

Stopp der Militär- und Wirtschaftshilfe!

7 Milliarden DM Rüstungsgelder flossen in den letzten 30 Jahren von der BRD an die türkische Regierung, erst im März wieder 116 Millionen DM. Die GSG 9 gibt Ausbildungshilfe für die türkische Spezialeinheit „Schwarzer Käfer“.

Allein aus NVA-Beständen erhielt das Regime in Ankara 256 000 Kalaschnikows mit 100 Millionen Schuß Munition, 5000 Maschinengewehre und 100 000 Panzerfauste. Aus Westdeutschland kamen seit 1990 240 Leopard-Panzer und 13 Phantom-Kampfflugzeuge.

6% – schon ein Kompromiß ...

ertrag auszugleichen.

Volle Durchsetzung der Forderung

Die ÖTV-Basis muß jetzt alles dafür tun, daß die Forderungen voll durchgesetzt werden und fordern, daß die soziale Komponente mit den von ihnen geforderten Festgeldebträgen befristet wird. Dazu ist es notwendig, daß sich Aktivisten überbetrieblich zusammenschließen und organisiert Druck auf die Verhandlungsführung ausüben.

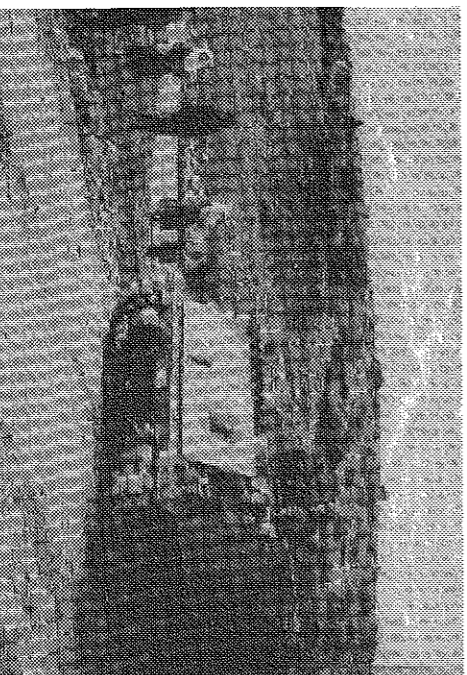
Hauptargument gegen die Forderung der ÖTV sind die leeren Kassen der öffentlichen Haushalte. Wenn es um Steuerergänzung für die Unternehmer geht, spielt dieses Argument keine Rolle. 1990 werden den Unternehmern 5,9 Milliarden Gewerbesteuer geschickt. Unternnehmer die im Osten abkometnehmer die im Westen erleichtertungen. Trotz beispiel loser Gewinneexplosion machen die Gewinnsteuern nur noch 10 Prozent des Gesamtsteuereinkommens aus. Während die Banken und Konzerne immer weniger Steuern bezahlen, rufen sie die Steuergeräde der

Lohnsteuerzahler und Verbraucher aus den Staatskassen. 170 Milliarden Zinsen schmeißen ihnen Bund, Länder und Gemeinden jährlich in den Rachen. Damit nicht genug. Jetzt bekommen sie durch die Privatisierung profitable öffentliche Betriebe hinterhergeschmissen.

Produktivität

Angeblieh rechtfertigt eine schlechtere Produktivität im öffentlichen Dienst. In den wenigsten Bereichen des öffentlichen Dienstes kann die Arbeitsproduktivität ähnlich wie in der Industrie in Zahlen gemessen werden. Fest steht aber, daß es bei den Arbeitern, Angestellten und Beamten in den unteren und mittleren Bereichen in den letzten Jahren durch Personalabbau eine enorme Leistungswachstum gegeben hat. In den Kindertagesstätten und Schulen wurden die Gruppen- bzw. Klassenstärke erhöht ohne daß mehr Erzieherinnen und LehrerInnen eingestellt wurden.

Fortsetzung Seite 11



Ein deutscher Schützenpanzer vom Typ MLW 113